



Nr. 297 | 21.03.2024

## Ukraine-Analysen

- 10 Jahre Krim-Annexion
- Donbas nach der Annexion 2022

<b>ANALYSE</b>	
Zehn Jahre russische Annexion: Die aktuelle Lage auf der Krim Von Sebastian Cwiklinski (Freie Universität Berlin)	2
<b>DOKUMENTATION</b>	
Reporters Without Borders: Ten years of Russian occupation in Crimea: a decade of repression of local independent journalism	6
Europarat: Crimean Tatars' struggle for human rights	8
<b>STATISTIK</b>	
Repressive Gerichtsverfahren auf der Krim und in Sewastopol	10
<b>ANALYSE</b>	
Die Lage im annektierten Donbas zwei Jahre nach dem 24. Februar 2022 Von Nikolaus von Twickel (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)	11
<b>UMFRAGEN</b>	
Öffentliche Meinung zur Krim und zum Donbas	15
<hr/>	
<b>CHRONIK</b>	
22. Februar – 10. März 2024	19

## Zehn Jahre russische Annexion: Die aktuelle Lage auf der Krim

Von Sebastian Cwiklinski (Freie Universität Berlin)

DOI: 10.31205/UA.297.01

### Zusammenfassung

Am 18. März 2014 annektierte Russland die ukrainische Halbinsel Krim, was weitreichende Folgen hatte: Die Menschenrechtslage auf der Halbinsel verschlechterte sich seitdem erheblich, das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde faktisch abgeschafft, die ukrainische und die krimtatarische Kultur gerieten unter erheblichen Druck. Durch infrastrukturelle, bevölkerungspolitische und administrative Maßnahmen versuchte Russland, die Krim zu einem Teil ihres Landes zu machen, so wurde die Halbinsel etwa mit einer Brücke über die Straße von Kertsch mit dem russischen Festland verbunden. In der Rückschau müssen viele der Maßnahmen zur Eingliederung der Krim in Russland als Vorbereitung auf den großangelegten Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und die Annexion selbst als Auftakt des seit zehn Jahren andauernden russischen Krieges gegen die Ukraine gewertet werden.

### Vorgeschichte und Annexion

Vor zehn Jahren, am 18. März 2014, annektierte Russland die Halbinsel Krim. Wie bei den meisten historischen Ereignissen gibt es auch hier eine Vorgeschichte, die weit zurückreicht: Die Krim war vom 15. bis ins 18. Jahrhundert hinein Sitz des Khanats der Krim, eines Reiches mit mehrheitlich turksprachiger und muslimischer Bevölkerung, das unter immer stärkere Kontrolle des Osmanischen Reiches kam, ehe es 1783 nach dem Russisch-Türkischen Krieg von der russischen Zarin Katharina der Großen annektiert und somit Teil des Russischen Reiches wurde. Im Krimkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts wurde ein großer Teil der muslimischen Krimtataren vertrieben und siedelte sich im Osmanischen Reich an. 1944 wurden fast sämtliche Angehörigen des Turkvolks der Krimtataren sowie weitere nationale Minderheiten von Stalin unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den deutschen Besatzern kollektiv nach Mittelasien unter brutalsten Bedingungen deportiert, wobei fast die Hälfte des Volkes umkam. Aus Mittelasien konnten die Krimtataren erst seit 1988 wieder zurückkehren. 1954 wurde die Krim, die bis dahin Teil der Russischen Sowjetrepublik gewesen war, Teil der Ukraine und erlangte nach der ukrainischen Unabhängigkeit einen Sonderstatus. Grund für Russlands Interesse an der Krim ist vor allem der Hafen für seine Schwarzmeerflotte in Sewastopol, der dann auch den Grund für einen auf mehr als zwanzig Jahre angelegten Pachtvertrag zwischen der Ukraine und Russland darstellte. Auch aufgrund der russischen Ansprüche auf diese Stadt legte die Ukraine 1996 in ihrer Verfassung fest, dass Sewastopol eine eigene Verwaltungseinheit darstellt, direkt der Zentralregierung untersteht und nicht Teil der Autonomen Republik Krim ist. Formal gesehen handelt es sich deshalb bei der russischen Annexion der Krim 2014 um die illegale Aneignung sowohl der Autonomen Republik Krim als auch der

Stadt Sewastopol; aus praktischen Gründen wird im Folgenden jedoch von der Annexion der Krim gesprochen.

Die Annexion selbst verlief nach einem bekannten Schema: Zunächst tauchten Ende Februar 2014 plötzlich an strategisch wichtigen Punkten auf der Halbinsel »grüne Männchen« auf, schwer bewaffnete russische Soldaten in grünen Uniformen, aber ohne Hoheitsabzeichen. Anschließend wurde das Parlament der Autonomen Republik Krim in einer handstreichartigen Aktion besetzt und mit mehrheitlich separatistisch eingestellten Abgeordneten bestückt. Am 16. März wurde dann ein Scheinreferendum abgehalten, dessen Durchführung sämtlichen demokratischen Standards widersprach und das gewünschte Ergebnis einer 97-prozentigen Zustimmung zur »Unabhängigkeit« erbrachte. Der anschließende »Beitritt« der »unabhängigen« Krim zur Russischen Föderation am 18. März war dann nur noch eine Formsache. Die Wertung und Verurteilung dieser Ereignisse durch die internationale Gemeinschaft als illegale Annexion und Bruch des Völkerrechts war einhellig; vielfältige Sanktionen gegen Russland waren die Folge.

### Folgen der Annexion

Unmittelbar nach der Annexion leitete Russland rechtliche, administrative, politische, bevölkerungspolitische und infrastrukturelle Schritte ein, um die Welt durch die Schaffung von Fakten vor vollendete Tatsachen zu stellen und die annektierte Krim de facto zu einem Teil der Russischen Föderation zu machen. Einzelnen Subjekten der Russischen Föderation wurde dabei die Aufgabe übertragen, Patenschaften für Städte und Regionen auf der Krim zu übernehmen, und viele, auch regionale Institutionen Russlands weiteten ihre Aktivitäten nun auf die Krim aus. So gründete etwa noch 2014 das staatliche Institut für Geschichte der russischen Teilrepublik Tatarstan in der Stadt Bachtschyssaraj mit dem Wissenschaftlichen Zentrum der Krim (Krymskij

Nautschnyj Tsentr) eine eigene Filiale auf der Halbinsel, die sich mit der Geschichte der Krimtataren beschäftigt, und es ist auch kein Zufall, dass das Institut nun an einer fünfbändigen Geschichte der Krimtataren arbeitet, deren über tausend Seiten umfassender dritter Band 2021 erschienen ist.

Da die Landverbindung zur Krim ausschließlich über ukrainisches Staatsgebiet führt und die Ukraine im Dezember 2014 sämtliche Verkehrslinien zur Halbinsel sperrte, begann Russland mit konkreten Planungen, die Halbinsel auch über das russische Festland erreichbar zu machen, und zwar über eine mehr als 18 Kilometer lange Brücke über die Straße von Kertsch. Die Brücke wurde im Mai 2018 für den Auto- und im Dezember 2019 auch für den Eisenbahnverkehr eröffnet, in beiden Fällen mit symbolischen Handlungen durch Wladimir Putin. Da die staatliche russische Eisenbahngesellschaft bei einer Ausweitung ihrer Aktivitäten auf die Krim internationale Sanktionen befürchtete, wurde der Betrieb der Bahn über die Brücke von Kertsch einer nominell privaten Gesellschaft übertragen. Eine parallele Entwicklung lässt sich auch bei der Wasserversorgung beobachten. Bis zur Annexion 2014 erhielt die Krim einen Großteil ihres Trinkwassers vom ukrainischen Festland über den 1975 fertiggestellten Nord-Krim-Kanal. Nach der Annexion stoppte die Ukraine die Wasserversorgung durch den Kanal, was schwerwiegende Folgen für Landwirtschaft und Industrie auf der Halbinsel hatte und 2020 in den Städten Simferopol und Bachtschysaraj die Rationierung von Trinkwasser notwendig machte. Die Halbinsel verfügt zwar über genügend eigene Trinkwasservorräte, doch führt die vorrangige Versorgung von Industrie, Landwirtschaft und der Militärstützpunkte zu Engpässen bei der Wasserversorgung der Bevölkerung.

Die Annexion hatte auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der Krim. Nachdem die Ukraine neben den Wasser- auch die Stromlieferungen auf die Halbinsel gestoppt hatte, war Russland gezwungen, eigene Kraftwerke zu bauen und neue Leitungen zu verlegen, was zusammen mit dem weiteren Ausbau der Infrastruktur die Kosten der Annexion für Russland in die Höhe trieb und die Krim noch vor dem Kaukasus zur kostspieligsten Region im russischen Machtbereich machte. Hinzu kommt, dass die westlichen Sanktionen und die Sperrung der Landwege durch die Ukraine die Preise für den Transport von Waren in die Höhe getrieben haben. Darüber hinaus betraf die Annexion auch den Tourismus auf der Krim – diejenige Branche, die traditionell eine der wichtigsten Einkommensquellen der Halbinsel darstellt. Unmittelbar vor der Annexion, in den Jahren 2010 bis 2013, hatte sich die Krim als eine der wichtigsten Destinationen für touristische Kreuzfahrten etabliert und eine hohe Zahl von ausländischen

Touristen angelockt. Nach der Annexion der Halbinsel blieben diese aus, und trotz Werbekampagnen in ganz Russland konnten russische Touristen das Ausbleiben der ausländischen Feriengäste nicht kompensieren. Zwar liegen keine genauen Zahlen vor, aber der Rückgang der Anzahl der Hotels und Feriencentren von etwa 2500 im Jahr 2013 auf 826 im Jahr 2020, der Rückgang der durchschnittlichen Feriendauer von 10 bis 14 auf sieben Ferientage und ein auch nach vorsichtiger Schätzung deutlicher Rückgang der Touristenzahlen von etwa 4 Millionen 2013 auf höchstens 2,5 Millionen 2019 machen deutlich, dass die Krim einer ihrer wichtigsten Einnahmequellen verlustig gegangen ist. Die Coronapandemie seit 2020 sowie der großangelegte Überfall auf die Ukraine 2022 führten zu einem weiteren deutlichen Rückgang der Urlauberzahlen.

Dass bei der Annexion der Krim vor allem strategische Gründe eine Rolle spielten, lässt sich an der militärischen Aufrüstung der Halbinsel seit 2014 ablesen. Mit der Annexion verfolgte Russland das Ziel, das Schwarze Meer und das Asowsche Meer militärisch kontrollieren zu können, und verlegte weitere Truppen auf die Halbinsel: Während vor der Annexion rund 12.000 russische Soldaten bei der Schwarzmeerflotte stationiert waren, waren es nach konservativer Schätzung 2019, also noch vor dem großangelegten Angriff auf die Ukraine im Februar 2022, auf der ganzen Halbinsel bereits 31.000, wobei einzelne Quellen bereits 2016 von etwa 50.000 russischen Soldaten ausgingen. Bei der Aufrüstung nutzte Russland nicht nur die bereits vorhandenen eigenen Stützpunkte der Schwarzmeerflotte, sondern auch ehemalige ukrainische Militärstandorte wie etwa die Militärflughäfen Belbek und Dschankoj (von denen Russland ab 2022 immer wieder verheerende Luftangriffe auf die Ukraine startete). Darüber hinaus wurden neue See-, Land- und Luftstützpunkte aufgebaut. Die Stationierung von atomwaffenfähigen Marschflugkörpern auf der Halbinsel ließ in der internationalen Gemeinschaft die Befürchtung aufkommen, Russland könnte bereits Atomwaffen auf der Halbinsel stationiert haben, auch wenn es hierfür bisher keine Belege gibt.

### **Signifikante Verschlechterung der Menschenrechtssituation nach der Annexion**

Die Annexion der Krim hatte negative Folgen für die Menschenrechtssituation, die hier exemplarisch am Beispiel der Krimtataren erörtert werden sollen. Dieses Volk lebt seit Jahrhunderten auf der Halbinsel, wurde aber wie erwähnt durch Stalins Deportation nach Mittelasien seiner historischen Heimat beraubt und konnte erst in der Perestroika wieder dorthin zurückkehren. 1991 wurde die Medschlis des krimtatarischen Volkes (krimtatarisch: Qırımtatar Milliy Meclisi, kurz: Medschlis) als höchstes repräsentatives Organ der Krim-

tataren gegründet, das nicht nur den kollektiven politischen Willen der Krimtataren ausdrücken, sondern deren Interessen auch gegenüber der ukrainischen Zentralregierung vertreten sollte. Vorsitzender der Medschlis war seit ihrer Gründung bis Ende 2013 Mustafa Dschemilew, der sich bereits zu Sowjetzeiten einen Namen als Menschenrechtsaktivist und Kämpfer für das Recht auf Rückkehr der Krimtataren in ihre historische Heimat gemacht hatte. Die Medschlis hatte sich bereits zu Beginn der Unruhen auf der Krim klar für den Verbleib der Halbinsel in der Ukraine ausgesprochen, wobei einzelne Aktivisten der Organisation Parallelen zwischen historischen Erfahrungen der Krimtataren mit der russischen beziehungsweise sowjetischen Zentralmacht und den erneuten russischen Annexionsbestrebungen zogen: Ebenso wie die Krimtataren in früheren Zeiten unter den Entscheidungen aus Russland (die Vertreibung von der Halbinsel während des Krimkrieges Mitte des 19. Jahrhunderts sowie die Deportation nach Mittelasien 1944) zu leiden gehabt hätten, sei auch von Russland unter Putin nichts Gutes zu erwarten. Unmittelbar nach der Annexion wurden für Dschemilew und für Refat Tschubarow, seinen Nachfolger im Amt des Medschlis-Vorsitzenden, jeweils fünfjährige Einreiseverbote für die Krim ausgesprochen; für weitere führende krimtatarische Politiker folgten andere Repressalien wie die vorübergehende Einweisung in die Psychiatrie und langjährige Haftstrafen; andere Aktivisten verschwanden nach der Festnahme spurlos. 2016 wurde die Medschlis vom Obersten Gericht der Krim zu einer extremistischen Organisation erklärt und ihre Tätigkeit auf der Halbinsel verboten. In den folgenden Jahren wurde eine Vielzahl von krimtatarischen Aktivistinnen und Aktivisten auch unter dem Vorwand islamistischer Tätigkeit angeklagt und inhaftiert.

Das populärste Medium der Krimtataren, der private Fernsehsender ATR, hatte sich im Frühjahr 2014 besonders deutlich für den Verbleib der Halbinsel in der Ukraine ausgesprochen, so dass es wenig überraschen kann, dass er dann unter dem russischen Annexionsregime keine Perspektive mehr hatte. Zwar änderte er ab März 2014 sein Programm und ging von politischen Sendungen auf solche mit primär kulturellen Inhalten über, aber dennoch geriet er schnell ins Visier der Okkupationsbehörden. Selbst der Anlass, der dann im Januar 2015 zur Schließung des Senders führte, hatte mit dem Geschehen rund um die Annexion 2014 zu tun: Der Sender wurde von der OMON, einer Abteilung der russischen Nationalgarde, gestürmt, um an die Fernsehaufnahmen einer Protestveranstaltung Ende Februar 2014 zu kommen. Vermeintlich unabhängig davon verweigerten die neuen Besatzungsbehörden dem Sender seit Herbst 2014 die für den Weiterbetrieb notwendige neue Sendelizenz, woraufhin er zum 1. April

2015 seinen Betrieb einstellen musste und dann nach Kyjiw übersiedelte, von wo aus er nun weiter als deutliche Stimme gegen die russische Annexion der Krim sendet. In einem klar erkennbaren Versuch, ATR zu ersetzen und in der Gunst des krimtatarischen Publikums zu verdrängen, gründeten die russischen Besatzungsbehörden im September 2015 den staatlichen Fernsehsender Millet («Nation»), der seitdem auf Krimtatarisch und Russisch ein pro-russisches Programm ausstrahlt. Unabhängige Medien hingegen wurden in den folgenden Jahren systematisch unterdrückt, viele Journalisten wurden unter fadenscheinigen Gründen festgenommen und sitzen bis heute in Haft (vgl. Dokumentation von Reporter ohne Grenzen auf S. 6).

Die prekäre Menschenrechtslage auf der Krim führte auch zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur: Zehntausende Bewohner der Krim verließen die Halbinsel aufgrund der Annexion selbst oder in Folge von Repressionen und gingen in andere Regionen der Ukraine oder ins europäische Exil, vor allem nach Polen. Im Gegenzug förderte Moskau die Ansiedlung von der Annexion positiv gegenüber stehenden Menschen aus Russland, um somit die Bevölkerungsstruktur sowohl ethnisch als auch in Hinblick auf die Zustimmung zur Moskauer Politik zu seinen Gunsten zu ändern. Zwar liegen keine genauen Zahlen vor, doch ist von einer gezielten Ansiedlung von mehr als 100.000 Menschen aus der Russischen Föderation auf der Halbinsel auszugehen. Es gibt jedoch auch Schätzungen, die von der Flucht von mindestens 100.000 Krim-Bewohnern und der gezielten Ansiedlung von bis zu 800.000 Menschen aus Russland auf der Krim sprechen.

Als schwierig ist auch die Lage der kulturellen Rechte zu bezeichnen. Zwar sind neben Russisch auch Ukrainisch und Krimtatarisch die offiziellen Amtssprachen der Krim, aber seit der Annexion ist ein starker Rückgang der Schulbildung in diesen beiden Sprachen zu verzeichnen: Von einst rund 800 ukrainischsprachigen Schulen auf der Krim sind ganze fünf verblieben, und die Zahl der Studienplätze für Ukrainistik an der Universität von Simferopol wurde auf fünfzehn reduziert. Die Zahl der krimtatarischen Schulen sank von 384 im Jahr 2014 auf 119 im Jahr 2022. Die Verletzung kultureller Rechte der ukrainischen Bevölkerung führte neben der politischen Verfolgung und anderen Repressionen dazu, dass Zehntausende die Krim verließen und sich auf dem Festland ansiedelten.

Der großangelegte russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 verschärfte die Menschenrechtslage auf der Krim weiter. In den ersten neun Monaten des Jahres wurden auf der Halbinsel 138 Menschen festgenommen, unter denen die Krimtataren mit 104 Personen die mit Abstand größte Gruppe ausmachten. Hauptgrund für die Festnahmen waren die Gegnerschaft zur Annexion

der Halbinsel sowie zum Überfall auf die Ukraine. Der russische Überfall auf die Ukraine führte darüber hinaus dazu, dass Krimtataren auch außerhalb der Krim von russischen Behörden verfolgt wurden. So wurden in der angrenzenden Region Cherson, in der auch schon vor der Annexion der Krim viele Krimtataren lebten, mehrere Personen wegen Sympathien für oder Mitgliedschaft in der Medschlis festgenommen.

### **Die Krim seit dem großangelegten russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022**

Seit der Annexion 2014 hatten sich Kriegshandlungen gegen die Ukraine zunächst auf die beiden selbst proklamierten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk konzentriert, wobei die russische Unterstützung und de-facto-Kontrolle zwar beträchtliche Ausmaße annahm, von Moskau jedoch offiziell nie zugegeben wurde. Die Krim stand bis zum großangelegten russischen Überfall auf die Ukraine nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 sowie die anschließende Annexion der beiden »Volksrepubliken« und der Regionen Saporischschja und Cherson Ende 2022 (erneut in Form von »Referenden« über den »Beitritt« zur Russischen Föderation) änderten jedoch die Bedeutung der Krim: Da die Halbinsel unter voller und die Region Cherson unter teilweise Kontrolle der russischen Besatzungsbehörden stehen, ist die Krim für Russland in militärischer Hinsicht gleich in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung: Mit der Schwarzmeerflotte wurde die Ukraine von der See aus angegriffen, während der Landweg über die Brücke von Kertsch als Nachschublinie für den Krieg relevant wurde; die Militärflughäfen auf der Halbinsel wurden für die Planung sowohl von militärischen Operationen als auch für die Organisation des Nachschubs relevant.

Der Ukraine ist die enorme strategische Bedeutung der Krim für die russische Kriegsstrategie seit Beginn des Überfalls im Februar 2022 bewusst, weshalb sie auch militärische Ziele auf der Halbinsel angriff, wobei sie beträchtliche Erfolge erzielte. So wurde die Brücke von Kertsch im Oktober 2022 und im Juli 2023 zweimal das Ziel von Angriffen, wobei sie stark beschädigt und in ihrer Funktion zumindest temporär beeinträchtigt wurde. Die russische Schwarzmeerflotte wurde ebenfalls mehrfach attackiert, wobei der Ukraine mit dem Angriff auf das Hauptquartier der Flotte in Sewastopol im September 2023, dem Versenken des Flaggschiffs Moskwa im April 2022 und zuletzt des Landungsschiffs Caesar Kunikow im Februar 2024 jeweils spektakuläre Erfolge gelangen. Die Tatsache, dass die Caesar Kunikow mit Hilfe von Seedrohnen versenkt werden konnte, zeigte, wie verwundbar die russische Schwarzmeerflotte ist. Erfolgreiche Angriffe auf weitere Militärstützpunkte und strategisch wichtige Ziele (Eisen-

bahnknoten, Depots, Brücken etc.) legen nahe, dass es dem ukrainischen Militärgeheimdienst gelungen ist, auf der Krim ein Unterstützungsnetzwerk aufzubauen. Selbst wenn die ukrainischen Angriffe auf die Krim noch keine Wende im Krieg herbeiführen konnten, behindern sie die russischen Kriegsanstrengungen doch stark. So war die russische Schwarzmeerflotte gezwungen, sich teilweise in den östlichen Teil des Schwarzen Meeres zurückzuziehen, was der Ukraine ermöglicht, auch nach Auslaufen des Getreideabkommens mit Russland weiterhin über die Häfen von Odesa Getreide auf dem Seeweg zu exportieren. Inwieweit die vereinzelt militärischen Erfolge der Ukraine auf der Krim den Ausgang des Krieges gegen Russland beeinflussen werden, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit vorhersagen, aber dass sie einen großen Einfluss haben werden, ist offenkundig.

### **Fazit**

Die Bedeutung der russischen Annexion der Krim für die russisch-ukrainische Konfrontation kann nicht überschätzt werden; in einer Rückschau hat sie als Auftakt des seit zehn Jahren andauernden Krieges gegen die Ukraine zu gelten, der dann seine Fortsetzung in der Ausrufung der »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk und den dort geführten, zunächst regional begrenzten Krieg und seinen vorläufigen Höhepunkt im großangelegten Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 fand. Zur Rechtfertigung der Annexion hatte Russland immer wieder die vermeintliche Verletzung der Menschen- und kulturellen Rechte der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine angeführt, wobei faktenwidrig auch von einem »Verbot« der russischen Sprache gesprochen wurde. Eine Bilanz der Lage der Menschen- und der kulturellen Rechte auf der Krim nach zehn Jahren Annexion ergibt ein verheerendes Bild: Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist auf der Halbinsel mit der Annexion praktisch abgeschafft worden, und ein Engagement für die ukrainische Kultur und Sprache steht nun unter Generalverdacht. Zehntausende Menschen mussten wegen ihrer Opposition gegen die Annexion und ihres proukrainischen und prokrimtatarischen Engagements die Krim verlassen. Während kulturelle Rechte 2014 also als Vorwand für die Annexion und die Unterstützung des Separatismus erhalten mussten, hat das Annexionsregime selbst keinerlei Probleme mit der Einschränkung und Verletzung der kulturellen Rechte von Ukrainern und Krimtataren.

Der großangelegte Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 zeigte gleich in mehrfacher Hinsicht, dass im Westen geäußerte Ratschläge an die Ukraine, die Krim verloren zu geben und die Annexion zumindest hinzunehmen, in die Irre führen würden: Zum einen bewies er aufs Neue, dass Versicherungen von russischer Seite, man habe kein Interesse an einem Krieg beziehungsweise

an seiner Fortsetzung, nicht zu trauen ist. Zum anderen zeigten der Überfall und der weitere Verlauf des Krieges aber auch, wie wichtig die Krim in strategischer Hinsicht für die Sicherheit der Ukraine ist. Folgerichtig stellt die Rückkehr der Krim zur Ukraine auch das klar formu-

lierte Ziel der politischen Führung der Ukraine sowie des Großteils der ukrainischen Gesellschaft dar. Ein Ende des Krieges kann es für die Ukraine deshalb nur dort geben, wo er vor zehn Jahren mit der russischen militärischen Intervention und Annexion begonnen hat: auf der Krim.

#### Über den Autor:

Dr. *Sebastian Cwiklinski* ist Turkologe, Historiker und Lehrbeauftragter am Institut für Turkologie und Osmanistik der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Geschichte und Identitätspolitik in Mittel- und Osteuropa sowie in der Türkei. Zuletzt erschien: *Der regionale Blick. Medien in Tatarstan und Baschkortostan und Russlands Krieg gegen die Ukraine*. In: *Russland-Analysen* Nr. 441 vom 19.10.2023, S. 13–18.

#### Lesetipps

- Alan W. Fisher: *The Crimean Tatars*. Stanford: Hoover Inst. Press 1987 (= *Studies of Nationalities in the USSR*).
- Archipel Krim. Ein Multimedia-Dossier. [Dossier des Portals Dekoder. Russland und Belarus entschlüsseln]. <https://crimea.dekoder.org/de/> [13.03.2024]
- Sebastian Cwiklinski: *Krimtatarische Diskurse in der Türkei*. 2., überarbeitete Auflage Berlin: Osteuropa-Förderung 2017 (= *Studia turcologica*, Bd. 10).
- Kerstin S. Jobst: *Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2020.
- Krim Krym Qırım. Aus Politik und Zeitgeschichte. 6–8/2024 vom 3. Februar 2024 [kostenloser Download unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krim-2024/>; 06.03.2024].
- Sarah Reinke: *Zehn Jahre unter russischer Besatzung: Menschenrechtssituation auf der Krim*. In: *Für Vielfalt. Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte* 55. Jahrgang 1/2024 Nr. 340 [<https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/340-sehnsuchtsort-krim/menschenrechtssituation-auf-der-krim/>; 14.03.2024].

## DOKUMENTATION

### Reporters Without Borders: Ten years of Russian occupation in Crimea: a decade of repression of local independent journalism

*Searches and closures of media outlets, arrests of journalists... The tenth anniversary of the illegal referendum to annex Crimea, organised by Russia on 16 March 2014, marks a dark decade for the local independent media, which have been silenced. Reporters Without Borders (RSF) deplores the methodical padlocking of information in the peninsula and calls for the release of all journalists arbitrarily detained by Russia.*

The arrival of cars without licence plates at dawn is a bad sign in Ukraine's occupied regions. So, when the occupation forces arrived on 22 February 2024 at the home of Lutfiye Zudiyeva, a freelance reporter for Crimean Solidarity, a local media outlet, and for Graty, a Ukrainian media specialising in court cases, her relatives immediately sounded the alarm. Zudiyeva's equipment was seized during a search of her home and she was taken away for questioning at the "Centre for Combatting Extremism" in the nearby city of Dzhankoy, in north of Crimea, before being released a few hours later. Her arrest came just two days after the US magazine Newsweek published her article on life under Russian occupation in Crimea. It was not her first arrest.

What happened to Zudiyeva is typical of the climate of intimidation that the Russian authorities have imposed on independent journalists in Crimea. The crackdown on Crimea's independent media began with the Russian invasion that the illegal referendum of 16 March 2014 endorsed and it intensified after Russia's large-scale invasion of Ukraine on 24 February 2022, which prompted new arrests and more judicial harassment of media personnel in Crimea.

The Ukrainian human rights NGO ZMINA registered no fewer than 162 cases of media professionals being persecuted by the Russian authorities in Crimea in 2022 and 2023. According to RSF's tally, Russia is currently holding 12

journalists from Crimea, most of whom were arrested before the full-scale Russian invasion in 2022. The peninsula has become a media desert for the past ten years, making access to news and information almost impossible. According to ZMINA, 88% of media outlets active before 2014 had ceased operating by 2015.

“Arrests, intimidation, media closures... For ten years, independent media in Crimea have been living through a real nightmare. Journalists have become prime targets for the Russian occupying forces, who silence all alternative voices. In 2014, the Kremlin began using Crimea as a laboratory for its methods of persecuting independent media in Ukraine, which it then extended to all occupied territories. We condemn what has been a dark decade for independent journalists in Crimea and we call on the international community to take action to obtain the release of all those who are unjustly detained.” (Jeanne Cavelier, Head of RSF’s Eastern Europe and Central Asia desk)

### Russian judicial machine goes all out

On 10 March 2022, just two weeks after the full-scale Russian invasion, Remzi Bekirov, a local independent journalist working for the website Grani.ru who had been held since March 2019, was sentenced to 19 years in prison on a charge of “terrorism.” Less than two months later, in April 2022, Russian security agents covertly arrested Iryna Danilovych, a freelance reporter for InZhir-media, a local news site, for Crimean Process, which specialises in judicial cases, and for Krym.Realii, the local branch of the US broadcaster Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL). Convicted later in 2022 of “illegally manufacturing, transporting or possessing explosives,” she is now serving a seven-year sentence in a prison inside Russia where she is being denied access to medical care although in very poor health. Crimean Solidarity reporter Osman Arifmemetov was sentenced to 14 years in prison on a terrorism charge in Autumn 2022 after spending a long period in pre-trial detention.

### Arbitrary arrests, mistreatment

Arrested on spurious “terrorism,” “espionage” or “sabotage” charges, local journalists have often been subjected to torture and mistreatment. This is the case with Vladislav Yesypenko, a Krym.Realii reporter who was arrested in 2021 for “espionage” and was given a six-year prison sentence the following year. It is also the case with Timur Ibragimov, a Crimean Solidarity journalist sentenced to 17 years in prison in 2020 for “terrorist activities” who has had health problems in prison that have received no medical attention.

In an attempt to speed the release of the 12 Crimean journalists and four media professionals from Ukraine currently held by Russia, several Ukrainian parliamentarians tabled a resolution last month calling on the international community to take up their cases.

### 12 Crimean journalists still detained, mostly outside their home region

Name	Media	Date of arrest	Region of arrest	Region of detention	Number of days in detention (on the 15.03.2024)
Oleksii Bessarabov	Black Sea Security	01.11.2016	Crimea	Stavropol	2691
Timur Ibragimov	Crimean Solidarity	11.10.2017	Crimea	Riazan	2347
Ernes Ametov*	Crimean Solidarity	11.10.2017	Crimea	Rostov	1.071 + 724
Server Mustafaiev	Crimean Solidarity	21.05.2018	Crimea	Rostov	2125
Osman Arifmemetov	Crimean Solidarity	27.03.2019	Rostov	Rostov	1815
Remzi Bekirov	Grani.ru	27.03.2019	Rostov	Krasnoyarsk	1815
Vladislav Yesipenko	Krym.Realii (RFE/RL)	10.03.2021	Crimea	Crimea	1101
Asan Akhmetov	Avdet	04.09.2021	Crimea	Crimea	923
Iryna Danylovitch	InZhir-Media, Crimean Process, Krym.Realii	29.04.2022	Crimea	Stavropol	686
Vilen Temerianov	Grani.ru	11.08.2022	Crimea	Rostov	582
Rustem Osmanov	Crimean Solidarity	05.03.2023	Crimea	Crimea	376
Aziz Azizov	Crimean Solidarity	05.03.2023	Crimea	Crimea	376

\* Ernes Ametov: Acquitted on 16.09.2020, case reopened on 14.03.2022, re-convicted on 29.12.2022.

Quelle: Reporters Without Borders, 15.03.2024, <https://rsf.org/en/ten-years-russian-occupation-crimea-decade-repression-local-independent-journalism>.

## Europarat: Crimean Tatars' struggle for human rights

### Vorwort der Redaktion:

Am 18. April 2023 veröffentlichte die Kommissarin für Menschenrechte des Europarats, Dunja Mijatović, einen 42-seitigen Bericht zur Menschenrechtslage der Krimtataren auf der von Russland annektierten Krim. Im Folgenden drucken wir die Zusammenfassung am Ende des Berichts ab, der eklatante Menschenrechtsverletzungen feststellt.

### Conclusions

The illegal annexation of Crimea by Russia in 2014 has, once again in the history of Crimean Tatar people, set in motion a tragic cascade of events and measures characterised by the common motif of grave and repeated violations of the human rights of the long-suffering indigenous people of the peninsula. Numerous patterns of serious violations of human rights, persecution, discrimination, and stigmatisation targeting a significant part of the Crimean Tatar people in Crimea, especially those opposing the illegal annexation or expressing dissent, emerge clearly through consistent testimonies shared with the Commissioner over the years by many Crimean Tatars, human rights organisations, and many other reputable sources. The overwhelming scale and gravity of the human rights violations that have affected individual Crimean Tatars in the past years have additionally been reinforced by an 'entrenched culture of impunity' for serious human rights violations on the part of the Russian occupying authorities in the peninsula.

Many of the acts and measures described above likely reflect a deliberate strategy on the part of the Russian occupying authorities. It is important to mention that the above-mentioned measures overall contribute to an environment which stigmatises Crimean Tatars and sows ethnic division, both against and within the community. In particular, the prevalent conflation of arrests of Crimean Tatar activists with 'extremist' or 'terrorist' activity by pro-Russian propaganda paves the way for the stigmatisation of a significant part of the Crimean Tatar people, antagonising the general population of Crimea against them and creating an anti-Muslim climate.

The Commissioner reiterates her call for the persecution of Crimean Tatars to stop. In particular, she condemns the Russian-imposed ban on the Mejlis. The Mejlis is a key traditional and social representative body of the Crimean Tatar people and it should be able to function without any hindrance. She further calls for an immediate end to all arbitrary arrests, harassment, and searches of homes of Crimean Tatar human rights defenders, activists, leaders, and journalists, as well as ordinary members of the group. Recalling that international humanitarian law forbids an occupying power from applying its penal laws on occupied territory, the Commissioner calls for an end to all criminal prosecutions based on misuse of Russian anti-extremism and counterterrorism laws, or other similarly spurious charges, imposed on many Crimean Tatar activists in Crimea. All Crimean Tatars who have been convicted or detained in connection with such abusive criminal prosecutions should be released immediately and exonerated. Crimean Tatar victims of human rights violations should receive adequate redress and support.

Meanwhile, the Commissioner also calls for the humane treatment of all those held in detention in Crimea and of Crimean detainees held in detention centres in Russia. She recalls that they are entitled, under international law, to food and hygiene which will be sufficient to keep them in good health and to receive the medical attention required by their state of health. International human rights monitoring mechanisms and humanitarian organisations should be afforded safe and unhindered access to all detainees, including Crimean Tatars. Transfers of detainees from Crimea to detention centres in Russia—a practice which is at variance with international humanitarian law—should cease immediately and all persons transferred in this way should be allowed to return to Crimea.

All Crimean Tatars should be able to fully make use of their freedom of assembly without fear of reprisals or criminal prosecution. Crimean Tatars, including journalists and media workers, should also enjoy secure conditions enabling them to exercise their freedom of expression without fear and intimidation. All Crimean Tatars should be able to practice their religion in public or private and to receive education in the Crimean Tatar language.

The Commissioner further considers that Crimean Tatar lawyers and lawyers representing Crimean Tatars should be allowed to exercise their activities free from any intimidation, harassment, or hindrance. They should be given unfettered access to their Crimean Tatar clients, including to detainees who have been transferred to Russia or to Russian-occupied areas of Ukraine.

The forced conscription and mobilisation of Crimean Tatars in Crimea into Russian armed forces should end. The Commissioner recalls that the enlistment of protected persons, such as Crimean Tatars and other civilian residents of Crimea, in the occupying power's armed forces, violates international humanitarian law. Prohibited by Article 51 of

the Fourth Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War, compelling a protected person to serve in the forces of a hostile Power is also a grave breach of Article 148 of that Convention.

The most recent waves of departures of Crimean Tatars from Crimea, forced by mobilisation and intensifying persecution, are disturbingly and fleeing their homeland. The Commissioner considers that Crimean Tatars who try to evade illegal enlistment in the Russian armed services should be afforded adequate humanitarian and legal care and assistance in all countries where they may seek refuge. Council of Europe member states should review the legal provisions and practice regulating entry so that Crimean Tatars fleeing forced enlistment may be able to reach safety even in the absence of valid identity or travel documents, or in cases where they may be compelled by circumstances to use Russian-issued documents.

Relatives of many Crimean Tatars who went missing in the peninsula have been waiting, for many years now, to discover the truth about the fate and whereabouts of their loved ones. The fate and whereabouts of all Crimean Tatars and other persons who have disappeared since Russia's illegal annexation of Crimea in 2014 should be clarified in prompt, effective and adequate investigations, in compliance with the principles established in the case-law of the European Court of Human Rights. All those responsible for cases of enforced disappearances of Crimean Tatars must be brought to justice, and relatives of the missing persons and their associations should be provided with the necessary support.

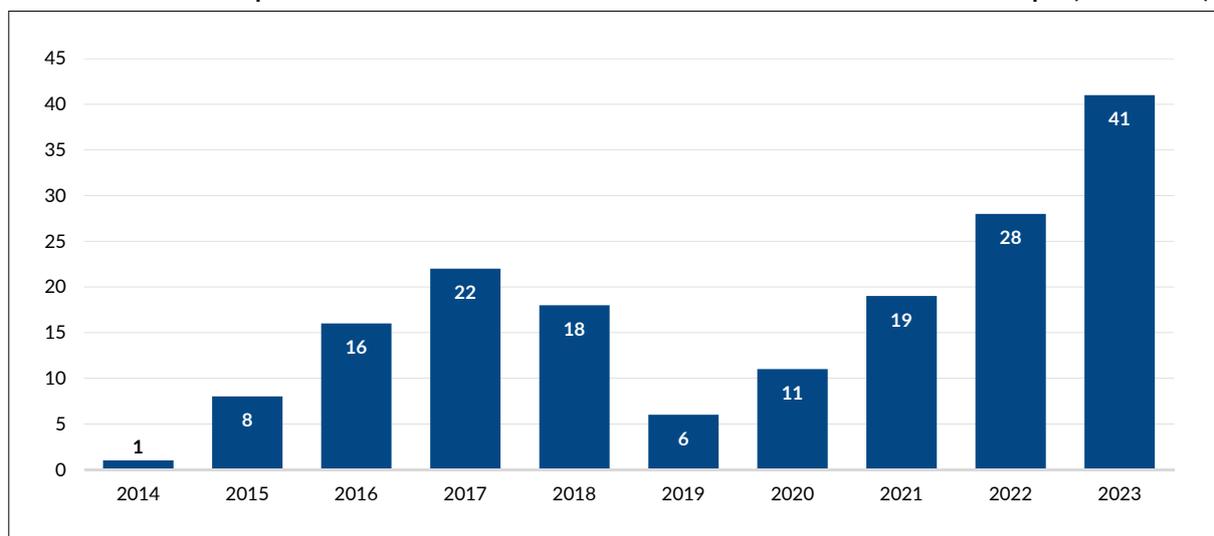
The Commissioner welcomes the steps taken by the Ukrainian authorities in recent years, aimed at strengthening Ukraine's legislative framework and the adoption of other measures taken to protect the rights of Crimean Tatars. To name but a few examples, in March 2014, Ukraine's parliament (Verkhovna Rada) adopted a statement on guarantees of rights of the Crimean Tatar people within the Ukrainian state. In November 2015, it recognised the 1944 deportation of Crimean Tatars as 'genocide' and established 18<sup>th</sup> May as the Day of Remembrance of the Victims of the Genocide of the Crimean Tatar People. In May 2014, the 'Crimean House'—'Krymskyi Dim'—was established to help Crimean Tatars and other displaced persons in Kyiv to maintain their identity, language and culture. In July 2021, the Ukrainian parliament adopted a Law on Indigenous Peoples, providing a legal framework for the protection of the rights of the three peoples indigenous to the Crimean Peninsula, including Crimean Tatars. In August 2021, Ukraine established the 'Crimean Platform' ('Qırım Plaformasi'), a diplomatic initiative and forum dedicated, among other things, to the protection of the human rights of Crimean Tatars. It also adopted a 'Strategy for the Development of the Crimean Tatar Language for 2022-2032' and announced the creation of a 'National Corpus of the Crimean Tatar Language'—an online repository of educational, scientific, and other materials in the Crimean Tatar language. The Commissioner welcomes the active involvement of Crimean Tatar representative bodies, including the Mejlis, in the development of the above measures. She notes that legislative work on a bill which would regulate in detail the legal status and rights of the Crimean Tatar people is currently being carried out by the Mission of the President of Ukraine in the Autonomous Republic of Crimea. She encourages the Ukrainian authorities to pursue these efforts. She further encourages the Ukrainian authorities to ensure that Crimean Tatar TV and radio outlets are provided with adequate and sustainable financial support to continue broadcasting for the benefit of the Crimean Tatar people.

*Quelle: Der gesamte Bericht ist frei zugänglich unter <https://rm.coe.int/report-on-crimean-tatars-by-dunja-mijatovic-commissioner-for-human-rig/1680aeb4b>.*

## STATISTIK

## Repressive Gerichtsverfahren auf der Krim und in Sewastopol

Grafik 1: Anzahl repressiver\* Gerichtsverfahren auf der annektierten Krim und in Sewastopol (2014–2023)



\*Anmerkung: Zu den repressiven Gesetzen werden in dieser Auflistung die folgenden Artikel des russischen Strafgesetzbuchs gezählt: 212, 280, 280.1, 281, 354.1, 207.3, 275, 275.1, 276, 280.3, 282, 282.1, 282.2, 148. Grundlage für die Zahlen ist eine Auswertung von Verstka der Daten von Gerichten auf dem Krim und in Sewastopol.

Quelle: Verstka: Wie Russland mit Repressionen gegen die Bewohner:innen der Krim und Sewastopols vorgeht, 14.03.2024, <https://verstka.media/issledovanie-kak-izmenilsya-krim-za-10-let-anneksii>.

## Die Lage im annektierten Donbas zwei Jahre nach dem 24. Februar 2022

Von Nikolaus von Twickel (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)

DOI: 10.31205/UA.297.02

### Zusammenfassung

Russlands Großinvasion der Ukraine vom 24. Februar 2022 und die Annexion der besetzten Gebiete im darauffolgenden September hat auch für den bereits seit 2014 russisch kontrollierten Donbas tiefgreifende Veränderungen gebracht. Anders als in den neubesetzten Gebieten der Oblaste Cherson und Saporischschja bedeutete die Annexion für die sogenannten Volksrepubliken Donezk (»DNR«) und Luhansk (»LNR«) das Ende der selbsterklärten »Unabhängigkeit«. Nicht nur wurden Symbole staatlicher Unabhängigkeit (»Außenministerien«) aufgelöst – die Besatzungsmacht ließ auch Schlüsselpositionen mit Personen aus Russland besetzen. Dieser »Russifizierung« fiel seit Frühjahr 2022 ein großer Teil der örtlichen Eliten zum Opfer. Die neue Phase des Krieges hat die bereits schwierige ökonomische Lage in den »Volksrepubliken« weiter verschlechtert. Die brutale Zwangsmobilisierung weiter Teile der männlichen Bevölkerung hat den Arbeitskräftemangel in den von Überalterung geprägten »Volksrepubliken« dramatisch verschärft. Angesichts dessen und der massiven Bevölkerungsverluste in den fast völlig zerstörten Städten Mariupol und Sjewjerodonezk wird Moskau nicht umhinkommen, Menschen aus anderen Landesteilen in den Donbas umzusiedeln.

### Politische Neubesetzungen

Auch die »Volksrepubliken« waren im Februar 2022 eher unvorbereitet in den Krieg geschlittert. Zwar waren ihre Anführer Denis Puschilin (Donezk) und Leonid Passettschnik (Luhansk) am 21. Februar nach Moskau geeilt, um mit Wladimir Putin die Verträge über ihre Anerkennung durch Russland zu unterzeichnen. Nach Beginn des Großangriffs am 24. Februar hielten sich aber die »Volksmiliz« genannten lokalen Streitkräfte vornehm zurück und warteten auf das Eintreffen regulärer russischer Truppen – ein Zeichen dafür, dass sie nicht in die Vorbereitungen eingebunden waren.

Der Kreml widmete sich im Folgenden überwiegend dem Angriff auf Kyjiw und wandte sich erst nach dessen Scheitern Ende März wieder den »Volksrepubliken« zu. Im April wurde bekannt, dass Putin seinen Donbas-Beauftragten ausgetauscht hatte: Statt Dmitry Kosak, der den Job des »Kurators« Anfang 2020 von Wladislaw Surkow übernommen hatte, war nun der erste stellvertretende Leiter der Präsidentenverwaltung Sergei Kirijenko zuständig für die Eingliederung der besetzten ukrainischen Gebiete in das russische politische System (»Machtvertikale«).

Kirijenko gilt als gut vernetzter Technokrat, der bereits 1998 kurz Premierminister unter Boris Jelzin war. Er sorgte für zahlreiche Wechsel in den Führungsetagen der »Volksrepubliken« – praktisch immer zugunsten von Kandidaten aus Russland, oft mit Beziehung zu Kirijenko. Im Juni gab es die ersten fünf Neubesetzungen, allen voran Witaly Chozenko, einem Abteilungsleiter im russischen Industrieministerium, der zum neuen »DNR«-Premierminister ernannt wurde. Mit Chozenko kam als dessen Stellvertreter Jewgeny Solnzew, ein hoher Beamter im russischen Bauministerium, der lange beim

Eisenbahnkonzern RZhD gearbeitet hatte. Als Chozenko im März 2023 zum Gouverneur von Omsk ernannt wurde, rückte Solnzew zum Premier auf.

Nach weiteren Ernennungswellen russischer Beamter waren Anfang 2023 bereits 11 der 27 Top-Posten in der »DNR«, sowie immerhin neun Führungspositionen in der »LNR« in russischer Hand. Anfang 2024 waren mindestens 13 von 26 »DNR«-Kabinettsmitgliedern aus Russland, in der »LNR« waren es 8 von 21. Hinzu kommen zahlreiche Stellvertreter und Stellvertreterinnen aus Russland, die traditionell großen Einfluss ausüben, ohne im Vordergrund zu stehen. Ein typisches Beispiel ist Alexander Kostomarow, der im Juni 2022 zum Ersten Stellvertreter von Puschilins Verwaltungstab ernannt wurde. Der Funktionär der Putin-Partei Einiges Russland hatte sich einen Namen als »Killer« gemacht, der in russischen Provinzen unliebsame politische Konkurrenz ausschaltet.

Die im September 2022 orchestrierte Annexion der besetzten Gebiete wirkte sich nicht unmittelbar auf lokale Machtstrukturen aus. Vielmehr stellt sich die »Russifizierung« bzw. Säuberung der Regionalregierungen von einheimischen Kadern als Prozess dar, der im Juni 2022 begann und noch nicht abgeschlossen ist.

### Posten mit Verantwortung gehen nach Russland

Aus den Ernennungen lassen sich relativ klar die Prioritäten des Kremls herauslesen: Die Ressorts Bau- und Wohnen sowie Erziehung und Bildung werden ausschließlich von aus Russland entsandten Ministern bzw. Ministerinnen geführt. Beim Bausektor liegt die Vermutung nahe, dass Moskau angesichts zu erwartender Geldströme für den Wiederaufbau wenig Vertrauen in die bisher Verant-

wortlichen vor Ort hatte. Und im Bildungsbereich, wo die Zeichen auf ideologische Indoktrination stehen, legt der Kreml offenbar auch Wert auf Leute ohne ukrainische Vergangenheit. So wurden im »LNR« Bildungsministerium 2022 gleich drei Russen an die Spitze gesetzt: Der aus Moskau stammende Minister Iwan Kussow sowie zwei seiner Stellvertreter.

Neben Ideologie spielen aber auch persönliche Beziehungen eine große Rolle. Die Leitung des Energieministeriums von Luhansk wurde 2022 von drei Russen übernommen, die allesamt zuvor beim staatlichen Kraftwerkskonstrukteur Atomstroyexport arbeiteten – ein deutliches Indiz für Kirijenko, der viele Jahre die Mutterfirma Rosatom leitete.

Zu »Opfern« der Annexion wurden die »Außenminister«, deren Ressorts durch Niederlassungen des russischen Außenministeriums ersetzt wurden. Interessanterweise wurde für »DNR« Außenministerin Natalia Nikonorowa eine attraktive Stelle als Senatorin im russischen Oberhaus gefunden, während ihr »LNR«-Kollege Wladislaw Deinego offenbar leer ausging.

Auch das Militär der »Volksrepubliken« wurde aufgelöst. Die beiden »Volksmiliz«-Verbände (ein Erstes Korps in Donezk und Zweites Korps in Luhansk) wurden nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau zum 31. Dezember 2022 in die russischen Streitkräfte eingegliedert. Die »Volksmilizen« waren bis zu den Generalmobilmachungen am 19. Februar 2022 aus einheimischen und russischen Freiwilligen zusammengesetzt, die von russischen Offizieren kommandiert wurden, welche allerdings nicht öffentlich auftraten.

### **Mächtige Sicherheitschefs abgesetzt, Repressionen bleiben**

Zudem wurden die Leiter der wichtigsten Sicherheitsbehörden – Geheimdienst und Polizei – ausgetauscht. Die berüchtigten Staatssicherheitsministerien, die in den vergangenen Jahren systematisch Regimegegner verfolgt, gefoltert und erniedrigt hatten, wurden sang- und klanglos in regionale Niederlassungen des Inlandgeheimdienstes FSB umgewandelt. An deren Spitze wurden jeweils Karriereoffiziere aus Russland eingesetzt – in Donezk der aus Saratow versetzte Oleg Bolomoschnow sowie in Luhansk Juri Plodowski aus Karatschai-Tscherkessien.

Ebenfalls abgesetzt wurden die mächtigen langjährigen »Innenminister« – Alexei Diky in Donezk und Igor Kornet in Luhansk. Diky, der sich noch im Dezember 2023 in einem Propagandavideo als Feldkommandeur feiern ließ, wurde laut Homepage des russischen Innenministeriums (nur über VPN erreichbar!) durch den aus Wolgograd stammenden Pavel Gischtschenko ersetzt. Kornet, der seit dem Putsch 2017 gegen den damaligen Machthaber Igor Plotnizki als starker Mann im Hintergrund galt, wurde bei einem Bombenattentat

im Mai 2023 verletzt und seitdem nicht mehr öffentlich gesehen. Sein Nachfolger ist seit mindestens Juli der aus Sibirien stammende Polizeigeneral Alexei Kampf.

Natürlich darf nicht erwartet werden, dass damit die Repressionen in den »Volksrepubliken« in Zukunft weniger werden. Zum einen waren für die Gewaltexzesse der vergangenen Jahre hinter den Kulissen agierende bzw. unter Pseudonym auftretende FSB-Beamte verantwortlich. Zum anderen hat sich das Ausmaß der Repressionen und Menschenrechtsverletzungen seit 2022 in ganz Russland an die bis dahin in Donezk und Luhansk praktizierten Methoden angeglichen.

Die zahlreichen politischen Gefangenen bleiben in Haft und nach dem erzwungenen Abzug internationaler Missionen wie der OSZE ist Kontaktaufnahme mit ihnen praktisch unmöglich. Darunter sind so unterschiedliche Personen wie Juri Schapowalow, ein Mitarbeiter des Botanischen Gartens Donezk, der 2018 wegen pro-ukrainischen Twitter-Posts festgenommen wurde, sowie der prorussische Publizist Roman Manekin, der im Dezember 2020 nach Kritik an Puschilin festgenommen wurde. Auch drei Mitarbeiter der OSZE-Beobachtermission – alles ukrainische Staatsbürger – sind seit April 2022 in Gefangenschaft, nachdem die lokalen Machthaber sie der Spionage bezichtigten.

### **Anführer bleiben mit neuem Parteibuch im Amt**

Bemerkenswert ist, dass die Republikchefs Denis Puschilin und Leonid Passetschnik im Amt gelassen wurden. Dass beide keine besonders starken politischen Persönlichkeiten sind – der hölzern wirkende Geheimdienstoffizier Passetschnik macht öffentlich wenig Eindruck, Puschilin arbeitete bis 2014 als Verkäufer von Finanzpyramiden des verurteilten Betrügers Sergei Mawrodi – könnte für sie von Vorteil sein. So kann Moskau einen Anschein von Stabilität wahren, während es in den regionalen Verwaltungen mit eisernem Besen kehrt.

Eine im Dezember 2022 verabschiedete Verfassungsänderung ersetzt die Direktwahl der Republikchefs durch Parlamentsabstimmungen. Puschilin und Passetschnik ließen sich so am 23. September 2023 von den zwei Wochen zuvor trotz Kriegsrechts neu »gewählten« Parlamenten einstimmig für weitere fünf Jahre im Amt bestätigen. Beide Abstimmungen wurden von Kreml-Funktionär Kirijenko persönlich überwacht.

Zuvor waren die russischen Systemparteien in Donezk und Luhansk eingeführt worden. Seit 2021 wurden die als »Bewegungen« firmierenden Regierungsparteien Donzেকaja Respublika und Mir Luganschtschine von der Putin-Partei Einiges Russland verdrängt, der Puschilin und Passetschnik folgerichtig beitraten. Die bisherigen »Oppositionsparteien« – Freier Donbas und Wirtschaftsunion Luhansk – verschwanden von der Bildfläche.

Bei den »Wahlen« am 10. September 2023 waren nur die in der russischen Duma vertretenen fünf Parteien zugelassen – die sich aber kaum Mühe machten, vor Ort Wahlkampf zu machen. Die Ergebnisse wirken entsprechend dubios – neben klaren Siegen für Einiges Russland (78 Prozent in der »DNR«, 74,6 Prozent in der »LNR«) erhielten die übrigen vier Parteien zwischen fünf und zehn Prozent. Allerdings kamen nur je vier Parteien in beide Parlamente: In Luhansk scheiterte die pseudoliberalen Partei Neue Leute (1,46 Prozent) an der fünf-Prozent-Hürde, in Donezk die Partei Gerechtes Russland (3,27 Prozent). Ko-Chef von Gerechtes Russland ist der Schriftsteller und ehemalige »DNR«-Feldkommandeur Sachar Prilepin, dem ein schlechtes Verhältnis zu Puschilin nachgesagt wird. Das könnte der Grund für das Ergebnis sein.

Die neuen »Parlamente« sind eher als Propagandainstrumente denn als Ort für politische Debatten anzusehen. Der neue »DNR«-Parlamentspräsident und ehemalige Feldkommandeur Artjem Schoga wurde im Dezember 2023 als Herold des Volkes inszeniert, der Putin im Kreml zu einer neuerlichen Kandidatur bewegte.

### Wirtschaftliche Entwicklungen

In den mittlerweile zehn Jahren russischer Kontrolle bzw. Besetzung war die Wirtschaft des Donbas von Deindustrialisierung und Abwanderung geprägt. Die noch 2014 dominierende Kohle- und Stahlindustrie ist massiv geschrumpft – begleitet von rosigen, aber wenig überzeugenden Versprechungen der Machthaber.

Viele Betriebe wurden schon 2017 schwer getroffen, als ihre de-facto-Enteignung durch die lokalen Machthaber dazu führte, dass die ukrainischen Eigentümer das komplette Führungspersonal abzogen. Die Aussetzung von Lohnzahlungen wegen des Nachfrage-Zusammenbruchs während der Corona-Pandemie führte zu massiven Protesten der Belegschaften, in deren Folge unrentable Betriebe geschlossen wurden. Der russische Großangriff verursachte eine neue Krise, weil die Zwangsmobilisierung großer Teile der männlichen Bevölkerung den grassierenden Arbeitskräftemangel nochmal deutlich verschärfte.

Die aus Moskau geleitete Wirtschaftspolitik der »Volksrepubliken« lässt sich in vier Phasen gliedern: Zunächst (2014 bis 2017) ließ man die großen Privatbetriebe unter ukrainischer Kontrolle weiterarbeiten und nahm sogar Steuerzahlungen an Kyjiw in Kauf. Nach einer von ukrainischer Seite initiierten Handelsblockade Anfang 2017 wurden diese Betriebe unter Zwangsverwaltung gestellt und in eine obskure Industrie-Holding überführt. Diese »Wneschtorgservis« genannte Holding wurde übereinstimmenden Berichten zufolge von Serhij Kurtschenko kontrolliert – einem nach Russland geflo-

henen ukrainischen Geschäftsmann und engen Vertrauten des 2014 gestürzten ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch.

Während der bis 2021 dauernden zweiten Phase entwickelte sich Wneschtorgservis zu einem politischen Machtfaktor und stellte mit Alexander Anantschenko und Wladimir Paschkow sogar den »DNR«-Premierminister und dessen Stellvertreter. Kurtschenko wurde in dieser Zeit offenbar ein Monopol im Kohle- und Metallhandel zwischen den »Volksrepubliken« und (von ihm kontrollierten) Betrieben in Russland zugestanden.

### Pandemiebedingter Wechsel zu einem russischen »Investor«

Die dritte Phase begann, als Kurtschenko im Zuge der von der Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise in finanzielle Nöte geriet. Nach Monaten ausbleibender Lohnzahlungen und offener Proteste der Belegschaften, wurde im Juni 2021 auf einmal Jewgeni Jurtschenko als neuer »Investor« und Großaktionär präsentiert – ein bis dahin wenig bekannter russischer Geschäftsmann aus der Telekommunikationsbranche.

Jurtschenko, der vielen als Strohmännchen des Kremls galt, weil er kaum selbst über das nötige Kapital verfügte, erklärte, dass er die von Wneschtorgservis angehäuften Schulden bezahlt habe und ließ die Holding in *Südlicher Bergwerks- und Metall-Komplex* (russisches Akronym JuGMK) umbenennen und sogar eine Website veröffentlichen. Im November 2021 wurde der ehemalige Wneschtorgservis-Chef Paschkow aus der Regierung entlassen, im Juni darauf musste Anantschenko den Chefsessel räumen.

Jurtschenko behauptete im November 2022, dass er mehr als 40 Milliarden Rubel (etwa 500 Millionen Euro) in JuGMK investiert habe, fügte aber hinzu, dass die Produktion um rund 60 Prozent zurückgefahren worden sei, weil mehr als 20 Prozent der Arbeitskräfte mobilisiert worden seien. Seitdem ist Jurtschenko aber von der Bildfläche verschwunden. Sein Name wurde nicht erwähnt, als »DNR«-Premierminister Solnezew nach einer Sitzung der JuGMK-Geschäftsführung im Februar 2024 ankündigte, dass man Dank »kolossaler« Investitionen die Produktion verdoppeln wolle. Zahlen nannte Solnezew nicht.

In Phase vier – nach der Annexion und unter dem andauernden Angriffskrieg – setzt man in Moskau offenbar auf noch direktere Kontrolle: Im November 2023 wurde »DNR« Industrieminister und Vize-Premier Wladimir Ruschtschak entlassen. Der ehemalige ukrainische Beamte Ruschtschak wurde als stellvertretender Regierungschef durch Wladislaw Wassiljew ersetzt, ein langjähriger Manager des russischen Severstal-Konzerns, der zuletzt die Metallurgie-Abteilung im russischen Industrieministerium geleitet hatte – ein

deutliches Zeichen dafür, dass die Moskauer Zentralregierung direkt durchgreifen will.

### Schlechte Aussichten für die Kohle

Klar ist wohl, dass Moskau keine Chance mehr für die lokale Kohleindustrie sieht. In einer Art Zehnjahresplan erklärte Wassiljew Ende 2023, dass im Donbas künftig der IT-Sektor und der Bau von Drohnen gefördert werden solle. Im März 2024 sagte der russische Industrieminister Denis Manturow, dass die wirtschaftliche Integration der »neuen Regionen« (spricht: besetzte Gebiete) durch Kooperationen im Bereich Maschinenbau, Metall- und Chemieindustrie geleistet werden müsse. Den Kohlektor erwähnte Manturow ausdrücklich nicht.

Dabei hatte »LNR«-Chef Passetschnik noch im Dezember 2022 bei seinem ersten Treffen mit Putin nach der Annexion um Subventionen für den Kohlektor gebeten und geklagt, dass der staatlichen Holding Wostokogol wegen der Zwangsmobilisierung knapp 60 Prozent der Belegschaft fehlten, und in einer der Minen seien es gerade mal drei von eigentlich 300 Bergleuten. »LNR«-Energeminister Denis Jarosch, ein ex-Manager der russischen Stromnetzgesellschaft UPS, hatte im August 2023 angekündigt, Arbeiter aus unrentablen Minen in die wenigen profitablen zu versetzen. Defizitäre Minen sollten geschlossen werden, für die übrigen suche man private Investoren, die in deren Modernisierung investieren, sagte er – ein Hinweis darauf, dass dem russischen Staat schlicht das Geld fehlt, um die marode Industrie im Donbas zu sanieren.

### Wiederaufbau als Wachstumsmotor?

Dessen ungeachtet malt der Donezker Republikchef Denis Puschilin paradiesische Visionen an die Wand. Im kriegszerstörten Mariupol erklärte er im August 2023, dass man dort einen IT-Park errichten werde – was das offizielle Portal DAN News zu einem »Silicon Valley« stilisierte.

Tatsächlich könnte der Wiederaufbau der Infrastruktur ein Wachstumsmotor sein. Um den anzukurbeln, hat Moskau im Sommer eine Sonderwirtschaftszone eingerichtet, die mehr private Investoren locken soll. Allerdings werden die höchstens einen kleinen Teil der nötigen Investitionen aufbringen. Allein für den Wiederaufbau in der »DNR« müssen laut ex-Premier Chozenko in den Jahren 2023 und 2024 mehr als 2 Trillionen Rubel (knapp 20 Milliarden Euro) aufgewendet werden. Für die »LNR« seien es 1,5 Trillionen Rubel (15 Milliarden Euro). Statt diesen zusammengerechnet 1,75 Trillionen Rubel pro Jahr sieht der russische Haushalt für 2024 aber lediglich rund 233 Milliarden Rubel (2,31 Milliarden Euro) für den Wiederaufbau vor – und zwar in allen vier besetzten Regionen zusammen.

Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass Gelder aus Moskau schon in falsche Taschen fließen. So ließ der FSB in Donezk im Dezember 2023 den lokalen Eisen-

bahnchef festnehmen, weil er Staatseigentum an Unbefugte weitergegeben haben soll. In offiziellen Medien wird derweil über den Wiederaufbau vor allem im Rahmen des »Chefstwo«-Systems berichtet. Dafür werden russische Föderationssubjekte als zuständig für kommunale Kreise der besetzten Gebiete ernannt. Dieses System suggeriert, dass die Regionen aktiv am Wiederaufbau teilnehmen – obwohl sich nur weniger als die Hälfte der mehr als 80 Föderationssubjekte beteiligen, und das bestimmt auch nicht freiwillig. Insgesamt investierten die Regionen laut Bauminister Irek Faisullin im Jahr 2023 so 115,6 Milliarden Rubel (1,15 Milliarden Euro) in den Wiederaufbau besetzter Gebiete.

### Dezimierung der Bevölkerung durch Krieg

Mit der fünf Tage vor der Invasion am 19. Februar 2022 begonnenen Zwangsmobilisierung hat Putin möglichst viele Soldaten aus beiden »Volksrepubliken« rekrutiert, um die Mobilisierung der eigenen Bevölkerung möglichst lange hinauszuzögern. Offiziellen Zahlen zufolge wurden 2022 insgesamt 4.133 »DNR«-Soldaten getötet (und weitere 17.379 verwundet). Bei einer geschätzten Einwohnerzahl von 1 Million heißt das, dass binnen zehn Monaten aktiver Kampfhandlungen 4 Promille der Bevölkerung ums Leben gekommen sind. Zum Vergleich, die von Präsident Wolodymyr Selenskyj am 25. Februar 2024 genannte Zahl von 31.000 getöteten ukrainischen Soldaten entspricht einer Opferzahl von knapp 1 Promille – in einem Zeitraum von 24 Monaten.

Die Dezimierung der Bevölkerung durch den russischen Angriffskrieg verschlimmert den 2014 begonnenen Einwohnerrückgang. So betrug die Geburtenzahl in der »DNR« 2023 gerade mal 7.175 – deutlich weniger als 2021, als noch 7.982 Kinder geboren wurden – obwohl das Territorium der »Republik« damals – noch ohne Mariupol – deutlich kleiner war. Zum Vergleich: 2017 hatte die »DNR« noch 11.895 Geburten gemeldet.

Für einen wie auch immer gearteten Wirtschaftsaufschwung wird der Donbas aber dringend Menschen im arbeitsfähigen Alter benötigen. Ob und wie dies unter russischer Herrschaft passieren wird, ist unklar. Russland selbst leidet unter Arbeitskräftemangel und regionalen Bevölkerungsrückgängen.

### Fazit

Zwei Jahre nach Beginn der russischen Völlinvasion in die Ukraine ist die Lage in den »Volksrepubliken« verzweifelter als je zuvor seit 2014. Für die Integration in das russische Staatswesen hat Moskau einen umfassenden politischen Umbau verfügt – den zweiten nach den von Putsch und Attentat erzwungenen Machtwechseln in der »LNR« 2017 und »DNR« 2018.

Solange der Donbas russisch besetzt bleibt, ist eine Rückkehr weiter Bevölkerungsteile unwahrscheinlich.

Aber auch nach einer militärischen Befreiung wäre eine Wiedereingliederung in die Ukraine eine Mammutaufgabe. Unter russischer Herrschaft wurden die ukrainischen politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zerschlagen und durch polizeistaatliche ersetzt. Viele der gebliebenen Eliten haben sich mit den Besatzern arrangiert und müssten in der Ukraine strafrechtliche Konsequenzen fürchten. Die von Bergbau und Schwerindus-

trie geprägte Wirtschaft liegt am Boden. So bleiben die Aussichten auf absehbare Zeit düster.

Wie schon zwischen 2014 und 2022 geht es dem Kreml nicht um den Donbas (geschweige denn um die »russischsprachigen« Menschen dort, die man angeblich schützen wollte), sondern um die Herrschaft möglichst über die ganze Ukraine: Dafür zahlt diese Region einen horrenden Preis.

#### Anmerkung des Autors:

Der Großteil der Informationen in diesem Bericht stammt aus offenen Quellen im Internet. Es ist aber ab 2022 deutlich schwerer geworden, verlässliche Daten aus den russisch besetzten Gebieten zu finden: Zum einen haben die »Volksrepubliken« ihre Geheimhaltungspolitik deutlich verschärft, zum anderen sind viele russische Internetadressen aus dem Ausland nicht mehr bzw. nur mit VPN erreichbar.

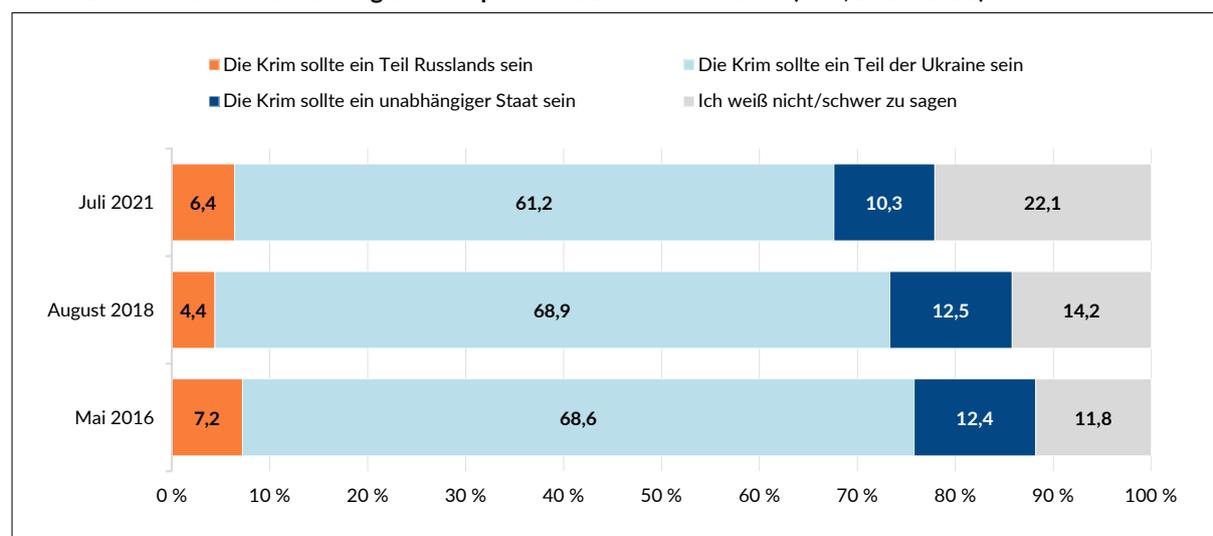
#### Über den Autor:

Nikolaus von Twickel ist Redakteur und Projektmanager im Zentrum Liberale Moderne. Der gelernte Journalist hat lange in Moskau gearbeitet, unter anderem bei der Deutschen Presse-Agentur. 2015/16 war er Medienverbindungsoffizier der OSZE-Beobachtermission in Donezk/Ukraine. Zwischen 2016 und 2023 schrieb er einen regelmäßigen Newsletter über die Situation in den ostukrainischen »Volksrepubliken«. 2020 erschien »Beyond Frozen Conflict«, worin er zusammen mit Thomas de Waal die schwelenden Konflikte um Russland herum behandelt.

## UMFRAGEN

### Öffentliche Meinung zur Krim und zum Donbas

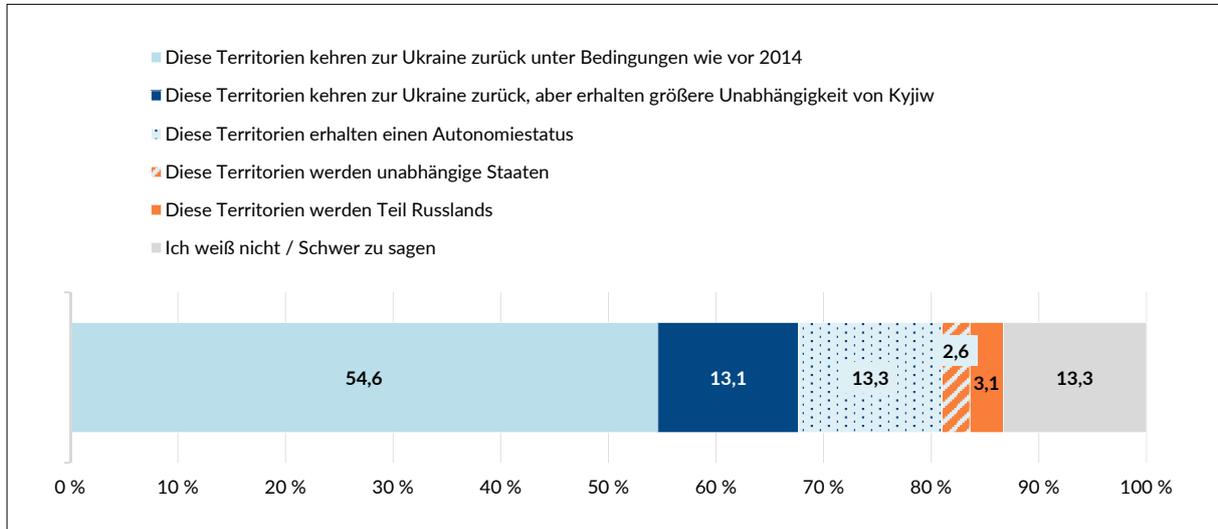
Grafik 1: Was ist Ihre Meinung über die politische Zukunft der Krim? (in %, 2016–2021)



Anmerkung: Repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums und der Stiftung Demokratische Initiativen in allen Regionen der Ukraine bis auf die Krim und den besetzten Territorien der Oblaste Donezk und Luhansk.

Quelle: Democratic Initiatives Foundation: What Ukrainians Think about Future of Crimea, 23. August 2021, <https://dif.org.ua/article/what-ukrainians-think-about-future-of-crimea>.

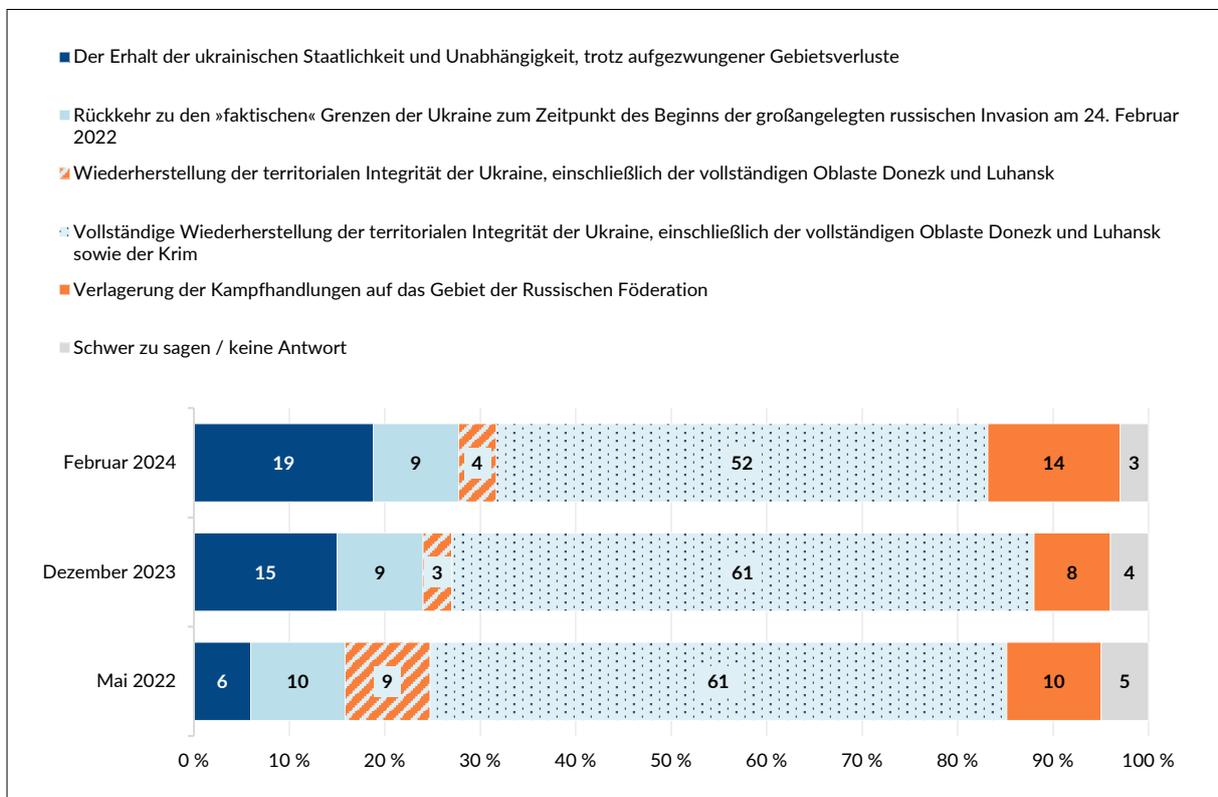
**Grafik 2: Was ist Ihrer Meinung nach die politisch am meisten akzeptable Option für eine Zukunft der »DNR« und »LNR«? (in %, Mai 2021)**



Anmerkung: Repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums und der Stiftung Demokratische Initiativen in allen Regionen der Ukraine bis auf die Krim und den besetzten Territorien der Oblaste Donezk und Luhansk.

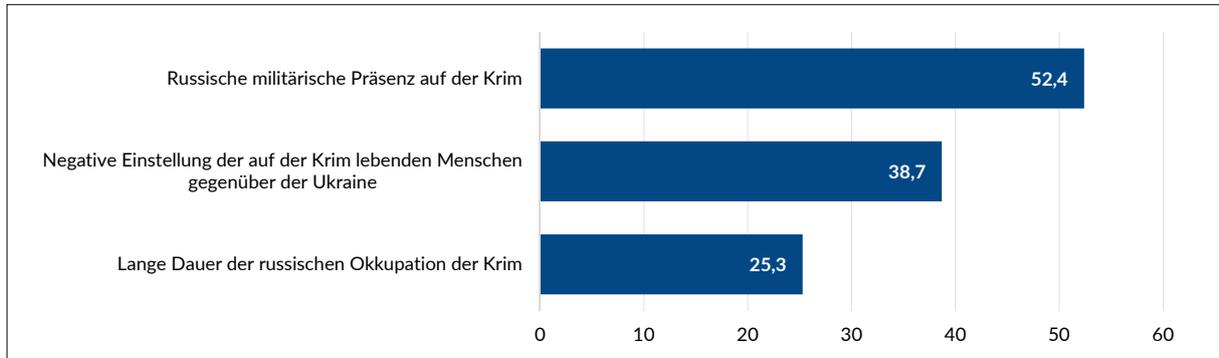
Quelle: Democratic Initiatives Foundation: Ukrainians' views of the future of occupied Crimea and Donbas, 16.06.2021, <https://dif.org.ua/article/the-limits-of-compromise-for-biden-putin-ukrainians-views-of-the-future-of-occupied-crimea-and-donbas>.

**Grafik 3: Welcher Ausgang des Krieges ist Ihrer Meinung nach für die Ukraine am realistischsten? (in %)**



Quelle: Kyiv International Institute for Sociology: Perceptions of the course of Russia's war against Ukraine after nearly two years of large-scale invasion, 21.02.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1372&page=3>.

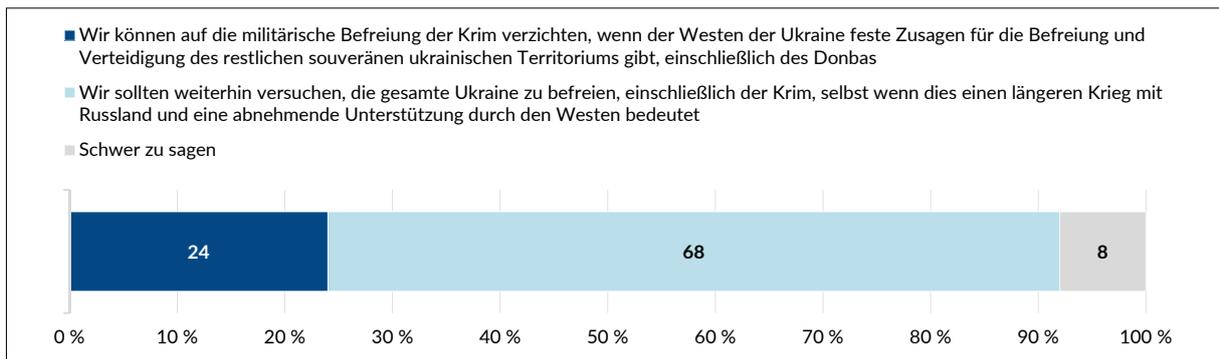
**Grafik 4: Was macht die Rückgabe der Krim an die Ukraine Ihrer Meinung nach unmöglich? (in %, Mehrfachnennungen möglich, Top-3 Antworten, August 2021)**



Anmerkung: Repräsentative Umfragen des Razumkov-Zentrums und der Stiftung Demokratische Initiativen in allen Regionen der Ukraine bis auf die Krim und den besetzten Territorien der Oblaste Donezk und Luhansk.

Quelle: Democratic Initiatives Foundation: What Ukrainians Think about Future of Crimea, 23. August 2021, <https://dif.org.ua/article/what-ukrainians-think-about-future-of-crimea>.

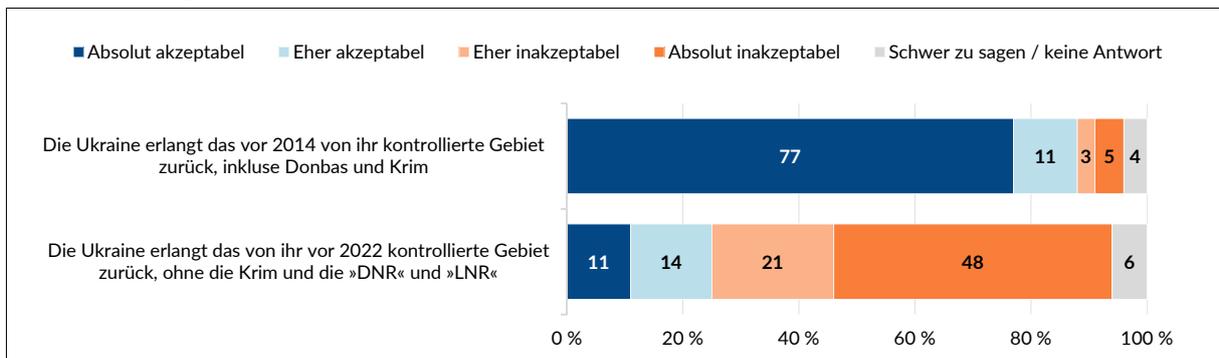
**Grafik 5: Welcher der folgenden Optionen stimmen Sie eher zu? (in %, Februar–März 2023)**



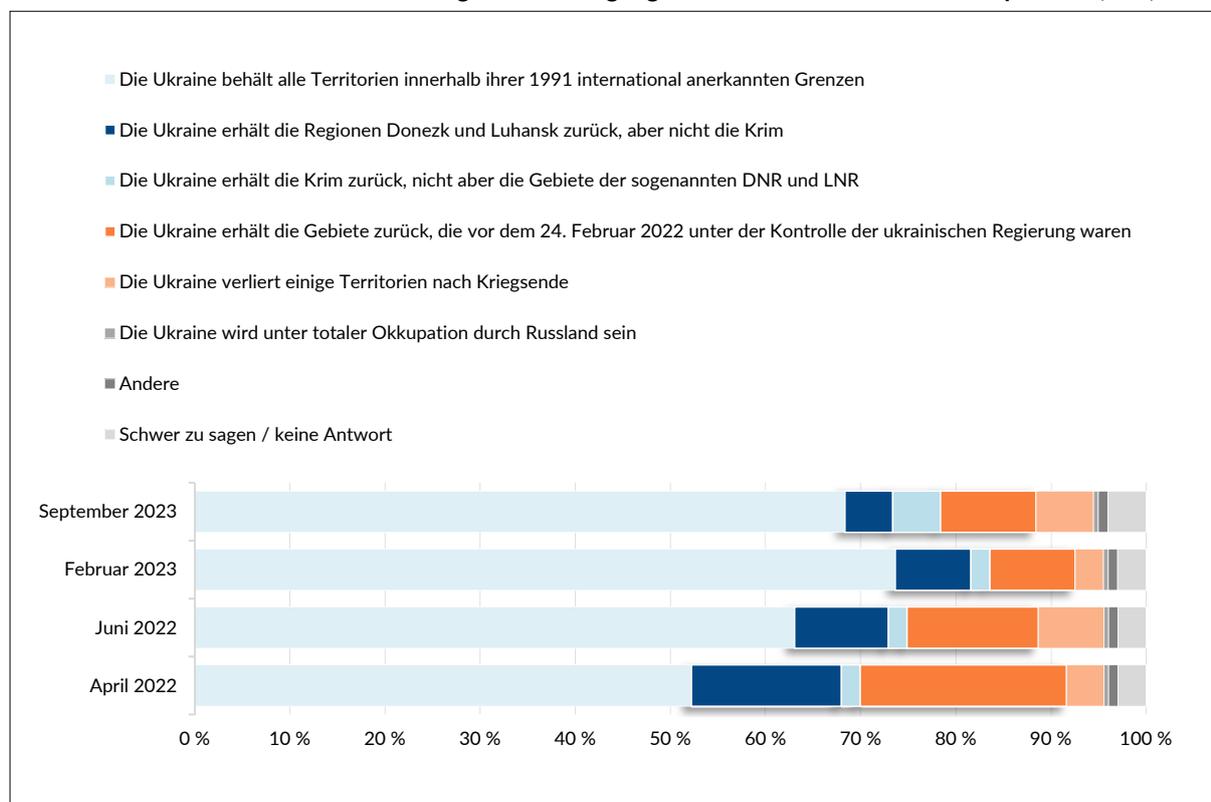
Anmerkung: Ausführliche Hinweise zur Stichprobe und zur Methodik finden sich im Quellenlink.

Quelle: Kyiv International Institute for Sociology: Feasibility of liberating Crimea by military means: results of a telephone survey conducted on February 22-March 6, 2023, 12.03.2023, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1204&page=2>.

**Grafik 6: Inwieweit würden Sie die folgenden Bedingungen als Preis für den Frieden akzeptieren? (in %, August 2022)**



Quelle: Kyiv International Institute for Sociology: Opportunities and Challenges Facing Ukraine's Democratic Transition, August 2022, [https://www.kiis.com.ua/materials/pr/20220920\\_o/August%202022\\_wartime%20survey%20Public%20fin.pdf](https://www.kiis.com.ua/materials/pr/20220920_o/August%202022_wartime%20survey%20Public%20fin.pdf).

**Grafik 7: Inwieweit würden Sie die folgenden Bedingungen als Preis für den Frieden akzeptieren? (in %)**

	April 2022	Juni 2022	Februar 2023	September 2023
Die Ukraine behält alle Territorien innerhalb ihrer 1991 international anerkannten Grenzen	53	64	74	68
Die Ukraine erhält die Regionen Donezk und Luhansk zurück, aber nicht die Krim	16	10	8	5
Die Ukraine erhält die Krim zurück, nicht aber die Gebiete der sogenannten DNR und LNR	2	2	2	5
Die Ukraine erhält die Gebiete zurück, die vor dem 24. Februar 2022 unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung waren	22	14	9	10
Die Ukraine verliert einige Territorien nach Kriegsende	4	7	3	6
Die Ukraine wird unter totaler Okkupation durch Russland sein	<1	<1	<1	<1
Andere	1	1	1	1
Schwer zu sagen / keine Antwort	3	3	3	4

Anmerkung: Die Umfrage wurde vom 9. bis 12. September 2023 in der gesamten Ukraine (mit Ausnahme der besetzten Gebiete auf der Krim und im Donbas) mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) auf der Grundlage einer Zufallsstichprobe von Mobiltelefonnummern durchgeführt.

Quelle: International Republican Institute (IRI), National Survey of Ukraine, September 2023, [https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/vseukra\\_nske\\_opituvannya\\_m\\_zhnarodnogo\\_respubl\\_kanskogo\\_nstitutu\\_iri\\_zhovten2023.html](https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/vseukra_nske_opituvannya_m_zhnarodnogo_respubl_kanskogo_nstitutu_iri_zhovten2023.html).

## CHRONIK

## 22. Februar – 10. März 2024

22.02.2024	Wie das dänische Verteidigungsministerium mitteilt, wird die Ukraine noch in diesem Sommer die erste Lieferung US-amerikanischer F-16-Kampffjets aus Dänemark erhalten.
22.02.2024	Die Internationale Organisation für Migration (IOM) berichtet, dass mehr als 14 Millionen Ukrainer:innen und somit fast ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung in den zwei Jahren seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine gezwungen waren, aus ihren Häusern zu fliehen.
22.02.2024	Die US-amerikanischen ABC News berichten, dass die Ukraine bis Ende März mit einem »katastrophalen Mangel an Munition und Luftabwehr« konfrontiert sein könnte, wenn der US-Kongress die 61 Milliarden US-Dollar an wichtigen Finanzmitteln für Kyjiw nicht genehmige. Der nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, warnte bereits am 14. Februar, dass den ukrainischen Truppen die Munition ausgehe und forderte den Kongress auf, die Mittel bereitzustellen. Auch US-Präsident Joe Biden äußerte sich bereits am 17. Februar hierzu und macht die Untätigkeit des Kongresses für »die ersten nennenswerten Erfolge Russlands seit Monaten« verantwortlich.
23.02.2024	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal sagt nach einem Besuch an der polnisch-ukrainischen Grenze und einem Gespräch mit ukrainischen Lastwagenfahrer:innen, dass die ukrainische Regierung Polen einen Fünf-Punkte-Plan vorgeschlagen habe, um die anhaltende Blockade durch polnische Landwirt:innen zu beenden. Seit Monaten werden die polnisch-ukrainischen Grenzübergänge von polnischen Landwirt:innen blockiert, die in der Einfuhr ukrainischen Getreides eine Gefahr für ihren Umsatz sehen. In diesem Zusammenhang teilt die ukrainische Eisenbahn mit, dass wiederholt landwirtschaftliche Güter an der polnischen Grenze aus Zügen gekippt worden seien.
23.02.2024	Das ukrainische Infrastrukturministerium teilt mit, dass 93 % der ukrainischen Agrarexporte die Ukraine auf dem See- und Flussweg verlassen. Ukrainische Landwirt:innen haben seit August 2023 insgesamt 93 % ihrer Produkte über die Häfen in und um Odesa und über die Donau exportiert.
24.02.2024	Mehrere Staats- und Regierungschefs treffen in Kyjiw ein, um den zweijährigen Jahrestag der russischen Vollinvasion gegen die Ukraine zu begehen. Dazu gehören die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, der kanadische Premierminister Justin Trudeau, der belgische Premierminister Alexander De Croo und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. Von der Leyen versichert, dass man mehr denn je fest an der Seite der Ukraine stehe. Sie betont, dass die EU finanziell, wirtschaftlich, militärisch und moralisch zur Ukraine halte. Außerdem erklärt sie, dass die Europäische Union in Kyjiw ein Büro für Verteidigungsinnovation eröffnen wolle. Es wird die weitere Integration der Ukraine in europäische Verteidigungsprogramme unterstützen und gleichzeitig den europäischen Ländern die Möglichkeit geben, von den Erfahrungen des ukrainischen Militärs auf dem Schlachtfeld zu lernen.
24.02.2024	Laut der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen habe die EU bisher 28 Milliarden Euro an Militärhilfen für die Ukraine bereitgestellt. Auf einer Pressekonferenz, die anlässlich des zweiten Jahrestags der russischen Vollinvasion gegen die Ukraine stattfand, sagt von der Leyen, da Russland seine Angriffe auf die Ukraine intensiviert, verdoppele die EU auch ihre militärische Unterstützung. Man arbeite an der Einrichtung eines Hilfsfonds für die Ukraine. Dieser solle weitere fünf Milliarden Euro für die gemeinsame europäische Beschaffung der Waffen, die die Ukraine brauche, bereitstellen. Ferner fügt sie hinzu, dass die europäische Rüstungsindustrie einen Gang höher schalte und die Munitionsproduktion um 40 % erhöhe.
24.02.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj dankt in seiner Ansprache auf einem virtuellen G7-Treffen den ausländischen Partner:innen für ihre Zusammenarbeit und sagt, dass die G7-Staaten wüssten, was nötig sei, um die militärischen Erfolge der Ukraine zu fördern. Wörtlich sagt Selenskyj: »Sie wissen sehr gut, was wir brauchen, um unseren Luftraum zu schützen, um unser Militär an Land zu stärken, und Sie wissen, was wir brauchen, um unsere Erfolge auf See aufrechtzuerhalten und fortzusetzen, und Sie wissen sehr gut, dass wir all dies rechtzeitig brauchen.« In einer nach dem Telefonat veröffentlichten Erklärung bekräftigten die G7-Staats- und Regierungschef:innen ihre Unterstützung und ihr Engagement für die Sicherheit der Ukraine, u. a. durch die Umsetzung bilateraler Sicherheitsverpflichtungen, die Bereitstellung militärischer Hilfen und die Erhöhung der Produktions- und Lieferkapazitäten.

24.02.2024	Aus Anlass des zweiten Jahrestags der russischen Vollinvasion gegen die Ukraine kommen Solidaritätsbekundungen europäischer Staatsoberhäupter, u. a. solidarisieren sich die baltischen Staaten, Polen, Tschechien und auch das Vereinigte Königreich mit der Ukraine. Von Norwegen bis Malta und Spanien bis in die Ukraine werden zeitgleich um 12.00 Uhr Glocken in allen Kathedralen und Domkirchen geläutet, um ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu setzen. In Deutschland finden bundesweit in größeren Städten Kundgebungen und Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine statt, unter anderem in Hamburg, Bremen, Berlin und Düsseldorf. In Berlin werden von der Umweltorganisation Greenpeace Schriftzüge, wie »Stop the killing« an die Fassade der russischen Botschaft projiziert.
25.02.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj gibt auf dem Presseevent »Ukraine. Jahr 2024« in Kyjiw bekannt, dass bereits 31.000 ukrainische Soldat:innen durch den Angriffskrieg Russlands getötet worden seien. Es ist das erste Mal seit Beginn der russischen Invasion, dass der ukrainische Präsident Verlustzahlen nennt.
25.02.2024	Wiktor Pawluschtschuk wird zum neuen Leiter der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention der Ukraine (NACP) ernannt. Der frühere Detektiv des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) wurde von der Auswahlkommission einstimmig gewählt und übernimmt den Posten von Oleksandr Nowikow, der die NACP seit 2020 leitete.
26.02.2024	Der französische Präsident Emmanuel Macron sagt während eines Treffens von 20 europäischen Staats- und Regierungschef:innen und anderen westlichen Beamt:innen in Paris, dass die Möglichkeit der Entsendung westlicher Truppen in die Ukraine in der Zukunft nicht »ausgeschlossen« sei. Zwar gäbe es keinen Konsens darüber, Truppen zu entsenden, so Macron, aber in Bezug auf die Dynamik sollte nichts ausgeschlossen werden und man werde alles tun, was nötig sei, damit Russland diesen Krieg nicht gewinne. Macron sagt nicht, welche Länder die Entsendung von Truppen in Erwägung ziehen, und fügt hinzu, dass er es vorziehe, eine gewisse »strategische Zweideutigkeit« beizubehalten.
26.02.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das die Bedingungen für die Demobilisierung von Wehrpflichtigen ändert. Dem Vorschlag zufolge werden Wehrpflichtige, deren Dienstzeit während des Kriegsrechts abgelaufen ist und deren Militärdienst über den festgelegten Zeitraum hinaus verlängert wurde, »innerhalb der durch den Präsidialerlass festgelegten Bedingungen« aus dem Dienst in der Reserve entlassen. Der Ausschuss für nationale Sicherheit und Verteidigung des Parlaments fügte dem Gesetzentwurf eine Bestimmung hinzu, die es Wehrpflichtigen ermöglicht, »die weitere Mobilisierung um zwölf Monate zu verschieben«, so der Abgeordnete Oleksij Hontscharenko auf Telegram.
26.02.2024	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba fordert Europa auf, Munitionsverkäufe an Drittstaaten auszusetzen. Europa solle die Munitionsexporte in andere Drittländer als die Ukraine angesichts der Engpässe des ukrainischen Militärs aussetzen, so Kuleba.
26.02.2024	Nachdem auf einem polnischen Bahnhof in der Nähe von Danzig 160 Tonnen ukrainisches Getreide abgekippt wurden, fordert der ukrainische Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow in Kyjiw die polnische Regierung auf, zu handeln und die Verantwortlichen zu finden. Laut Kubrakow habe die polnische Polizei bereits Verfahrensschritte vor Ort eingeleitet.
27.02.2024	Die ukrainischen Streitkräfte haben sich laut Dmytro Lychowij, Sprecher der ukrainischen Tawria-Gruppe, aus den Dörfern Stepowe und Sewerne in der Nähe von Awdijiwka zurückgezogen. Laut Lychowij habe Russland die Zahl der Angriffseinheiten erhöht. Die Ukraine zog sich am 17. Februar aus der Industriestadt Awdijiwka bei Donezk zurück, nachdem sie monatelang eine russische Offensive abgewehrt hatte und es schließlich an Munition mangelte.
27.02.2024	Das Nationale Widerstandszentrum der Ukraine teilt mit, dass eine ukrainische Partisanengruppe ein Büro der Partei »Einiges Russland« in der von Russland besetzten ukrainischen Stadt Nowa Kachowka gesprengt habe.
27.02.2024	Die ukrainische Regierung ernennt Wiktor Pawluschtschuk offiziell zum neuen Leiter der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention (NACP). Der frühere Detektiv des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) wurde bereits am 25. Februar von der Auswahlkommission einstimmig zum Nachfolger von Oleksandr Nowikow ausgewählt, der die NACP seit 2020 leitete.
27.02.2024	Laut einer Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) ist die Zahl der Ukrainer:innen, die glauben, dass der Westen der Unterstützung der Ukraine überdrüssig sei, in vier Monaten von 30 % auf 44 % gestiegen.

28.02.2024	Am zweiten Tag des ukrainisch-südosteuropäischen Gipfeltreffens, zu dem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am 27. Februar in Tirana eintraf, unterzeichnen die Staats- und Regierungschefs des Kosovo, der Republik Moldau, Montenegros, Nordmazedoniens, Serbiens, Albaniens, Bosniens und Herzegowinas, Bulgariens, Kroatiens, Rumäniens und der Ukraine eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung Kyjiws und verurteilten die russische Aggression. In der Erklärung heißt es, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine als »größte Bedrohung für die europäische Sicherheit und den internationalen Frieden« gesehen werde.
29.02.2024	Das Europäische Parlament nimmt einen Entschluss an, in der die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die Ukraine mit allem zu unterstützen, was Kyjiw brauche, um den Krieg gegen Russland zu gewinnen, einschließlich Langstreckenwaffen. In dem Entschluss heißt es, dass die EU keine selbst auferlegten Beschränkungen für die militärische Unterstützung der Ukraine haben solle. Die Abgeordneten fordern die europäischen Länder auf, die Ukraine mit Luftabwehrsystemen, Langstreckenraketen wie Taurus und Storm Shadow/SCALP, verschiedenen Arten von Artillerie und Munition (insbesondere 155 mm) sowie Drohnen und Waffen zu versorgen.
29.02.2024	Der finnische Verteidigungsminister Antti Hakkanen sagt im finnischen Rundfunk, dass die Ukraine die von Finnland gelieferten Waffen für Angriffe auf russisches Territorium nutzen dürfe. Die Diskussion der Reichweite von gelieferten Waffen ist seit Beginn der Vollinvasion und der westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine einer der Hauptstreitpunkte der westlichen Alliierten.
01.03.2024	Der Sprecher des ukrainischen staatlichen Grenzschutzes, Andrij Demtschenko, sagt, dass die polnischen Landwirt:innen seit 13:00 Uhr den Grenzübergang Medyka-Schehyni vollständig blockieren. Seit Monaten gibt es an den Grenzübergängen zwischen Polen und der Ukraine Grenzblockaden von polnischen Landwirt:innen, die im Import ukrainischen Getreides eine ökonomische Gefahr für sich sehen.
01.03.2024	Der Geschäftsführer des ukrainischen Gasunternehmens Naftohas, Oleksij Tschernyschow, berichtet, dass die Ukraine den Winter zum ersten Mal in der Geschichte mit Gas aus einheimischer Gasproduktion überstanden habe. In der Ukraine werden europaweit die zweitgrößten Gasvorkommen (nach Norwegen) vermutet, lange Zeit wurde aus Kostengründen jedoch primär russisches Gas bezogen.
01.03.2024	Das ukrainische Infrastrukturministerium gibt bekannt, dass die ukrainischen Exporte auf dem Seeweg seit Beginn der russischen Großinvasion ein Rekordniveau erreicht haben. Die Ukraine exportierte im Februar acht Millionen Tonnen Waren über den Schwarzmeerkorridor und erreichte damit einen monatlichen Rekordwert.
02.03.2024	Das US-Nachrichtenunternehmen Bloomberg berichtet, dass die Ukraine innerhalb weniger Wochen erste Granaten aus einer tschechischen Beschaffungsmöglichkeit erhalten könnte. Da Kyjiw aufgrund der im US-Kongress blockierten Hilfen mit kritischen Munitionsgespässen konfrontiert ist, sagte der tschechische Präsident Petr Pavel auf der Münchner Konferenz vor wenigen Wochen, dass Prag eine halbe Million 155-mm-Granaten und 300.000 kleinere 122-mm-Granaten außerhalb Europas gefunden habe und diese liefern könne, wenn das Geld dafür gefunden werde.
02.03.2024	Bei einem nächtlichen russischen Drohnenangriff auf ein mehrstöckiges Gebäude in Odesa werden zwölf Menschen getötet, darunter fünf Kinder. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj verurteilt den Angriff und kritisiert zugleich interne politische Spiele oder Streitigkeiten der ukrainischen Partner, welche die ukrainische Verteidigung einschränken und inakzeptabel seien. Kyjiw sieht sich mit kritischen Munitionsgespässen konfrontiert, da die Finanzierung eines US-Hilfspaketes für die Ukraine in Höhe von 61 Milliarden US-Dollar im Kongress blockiert ist, so dass die Lieferungen von Militärhilfen ins Stocken geraten sind.
03.03.2024	Der Sprecher des staatlichen Grenzschutzes, Andrij Demtschenko, gibt bekannt, dass alle sechs Kontrollpunkte an der ukrainisch-polnischen Grenze wegen der anhaltenden Proteste der polnischen Landwirt:innen blockiert blieben.
03.03.2024	Wie das Wirtschaftsministerium der Ukraine mitteilt, wurde mit dem US-amerikanischen Technologieunternehmen Palantir eine Vereinbarung über den Einsatz künstlicher Intelligenz bei der Minenräumung in der Ukraine unterzeichnet. Die Vereinbarung umfasst die Digitalisierung der Minenräumung und die Automatisierung von Prozessen, heißt es in einer Pressemitteilung. Derzeit sind 156.000 Quadratkilometer Land potenziell vermint, in denen mehr als 6 Millionen Ukrainer:innen leben.
04.03.2024	Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, dass die Ukraine eine Liste von Orten zusammenstellt die Russland zerstört hat, um dort gezielt eingefrorene russische Vermögenswerte zum Wiederaufbau einzusetzen. Der ukrainische Wiederaufbau sei eine der wichtigsten Prioritäten der ukrainischen Regierung im Jahr 2024 und werde von den meisten ukrainischen Partnern unterstützt, so Schmyhal. Westliche Länder und andere Partner haben zu Beginn der großangelegten Invasion Vermögenswerte der russischen Zentralbank in Höhe von mehr als 300 Milliarden US-Dollar eingefroren. Nach Angaben der Weltbank sind die geschätzten Kosten für die Erholung und den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg auf 486 Milliarden US-Dollar gestiegen.

04.03.2024	Laut einem Sprecher der ukrainischen Tawria-Gruppe haben die ukrainischen Streitkräfte den Vormarsch des russischen Militärs westlich der kürzlich gefallenen Stadt Awdijiwka aufgehalten.
04.03.2024	DTEK, das größte private Energieunternehmen der Ukraine, hat die Stromversorgung für 426.000 Haushalte wiederhergestellt, nachdem es im Februar durch russische Angriffe zu Stromausfällen gekommen war.
05.03.2024	Der ukrainische Militärgeheimdienst (HUR) gibt bekannt, das Patrouillenschiff Sergej Kotow der russischen Schwarzmeerflotte bei einem nächtlichen Angriff mit Überwasserdrohnen getroffen und zerstört zu haben. Die Ukraine, die selbst über keine nennenswerte Marine verfügt, konnte durch gezielte Drohnen- und Raketenangriffe inzwischen etwa ein Drittel der russischen Schwarzmeerflotte zerstören und so aus dem westlichen Schwarzen Meer vertreiben.
05.03.2024	Die stellvertretende Ministerin für strategische Industrien Hanna Hwosdjar sagt, dass die Ukraine 150.000 Drohnen pro Monat herstellen könne. Dies ergäbe bis Ende des Jahres fast zwei Millionen Drohnen.
05.03.2024	Der Parlamentsausschuss für Humanitäre Angelegenheiten und Informationspolitik befürwortet einen Gesetzentwurf zum Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche – Moskauer Patriarchat. Der Gesetzentwurf sieht ein Verbot der Aktivitäten religiöser Organisationen vor, die Kriegspropaganda betreiben oder den russischen Einmarsch in der Ukraine rechtfertigen. Das Parlament hat den Gesetzentwurf in erster Lesung im Oktober 2023 verabschiedet, die zweite Lesung steht noch aus. Seit Beginn der russischen Völlinvasion gegen die Ukraine nutzt der Moskauer Patriarch Kyrill seine Stellung aus, um religiöse Kriegspropaganda gegen die Ukraine zu betreiben.
06.03.2024	Während eines Treffens des griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis und des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Odesa schlägt eine russische Rakete nur wenige Hundert Meter entfernt von ihnen ein. Fünf Menschen werden durch den Angriff getötet. Laut Mitsotakis sei dieser Vorfall ein Grund mehr, warum alle europäischen Staats- und Regierungschef:innen in die Ukraine kommen sollten, um aus erster Hand zu erleben, was es bedeutet, im Krieg zu sein.
06.03.2024	Der stellvertretende Wirtschaftsminister und Handelsbeauftragte der Ukraine, Taras Katschka erklärt, dass die Ukraine offen für Handelsbeschränkungen mit der EU sei, um Spannungen mit Warschau zu entschärfen. Zugleich drängt Katschka auf ein Importverbot für russisches Getreide in die EU.
07.03.2024	US-Präsident Joe Biden appelliert in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation an den US-Kongress, dass man Putin gemeinsam die Stirn bieten müsse. Wenn die Vereinigten Staaten sich zurückzögen, würde das nicht nur die Ukraine gefährden, sondern auch Europa und die freie Welt. Der US-Senat hat ein Gesetz über Auslandshilfe verabschiedet, das 95 Milliarden US-Dollar für die Ukraine, Israel und Taiwan vorsieht, aber der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, hat sich bisher geweigert, das Gesetz im Repräsentantenhaus zur Abstimmung zu stellen. Die Verzögerungen bei der US-Hilfe haben die Bemühungen der Ukraine, sich gegen die russische Aggression zu wehren, erheblich erschwert, zu Munitionsengpässen geführt und zum Verlust der Frontstadt Awdijiwka beigetragen, so Biden.
08.03.2024	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärt nach einem Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj in Istanbul, dass die Türkei weiterhin bereit sei, einen Friedensgipfel zwischen der Ukraine und Russland auszurichten. Die letzte Runde der erfolglosen Friedensgespräche im Frühjahr 2022 fanden in der türkischen Stadt Antalya statt. Die Ukraine bestand damals auf einem vollständigen Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine, was Moskau jedoch ablehnte. Erdogan erklärt, dass die Türkei die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine voll unterstütze. Die Türkei versucht, gute Beziehungen sowohl zu Kyjiw als auch zu Moskau aufrechtzuerhalten und sich als Vermittler zu positionieren.
08.03.2024	Das ukrainische Außenministerium gibt bekannt, dass der spanische Bekleidungskonzern Inditex sich darauf vorbereite, seine Geschäfte in der Ukraine nach der zweijährigen Schließung im Zuge der russischen Invasion wieder zu eröffnen. Zu dem Konzern gehören unter anderem auch die Filialen der Modekette Zara.
09.03.2024	Papst Franziskus sagt in einem Interview mit dem Schweizer Sender RSI, das im Februar aufgezeichnet und am 9. März teilweise veröffentlicht wurde, die Ukraine müsse den Mut haben, mit Russland über den Frieden zu verhandeln. Der Papst rät der Ukraine, sich nicht zu schämen mit Russland zu verhandeln, bevor die Dinge noch schlimmer würden. Der Papst glaube, dass derjenige am stärksten sei, der die Situation betrachte, der an die Menschen denke, der den Mut der weißen Fahne habe, um zu verhandeln und fügt hinzu, dass Friedensgespräche internationale Vermittler einbeziehen sollten. Die Äußerungen des Papstes sorgen international für Entrüstung. In einer Erklärung des Vatikans, die nach der Publikation des Interviews veröffentlicht wird, heißt es, dass der Papst nicht zur Kapitulation der Ukraine aufgerufen habe, sondern zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen.
09.03.2024	Der polnische Premierminister Donald Tusk kann bei einem Treffen mit polnischen Landwirt:innen keine Einigung über die Beendigung der Proteste gegen ukrainische Agrarimporte erzielen, berichtet Polskie Radio.

09.03.2024	Laut dem US-amerikanischen Fernsehsender NBC arbeiten die Republikaner im Repräsentantenhaus an einer eigenen Version eines Gesetzentwurfs zur Unterstützung der Ukraine, um die Bereitstellung von Hilfe für das Land zu beschleunigen. Eine Version sieht vor, die nicht-militärische Hilfe für die Ukraine als Kredit zu behandeln. Die Idee eines Darlehens könnte für die Republikaner, die eine weitere Unterstützung der Ukraine durch die USA ablehnen, attraktiver sein. Auch die Nutzung russischer Vermögenswerte gilt unter den Republikanern als populäre Idee.
10.03.2024	Der Dokumentarfilm »20 Tage in Mariupol« des ukrainischen Journalisten Mstyslaw Tschernow gewinnt bei der 96. Verleihung der Academy Awards den Oscar für den besten Dokumentarfilm. Es ist das erste Mal, dass ein ukrainischer Film einen Oscar erhält. Der Dokumentarfilm zeigt das Leben und Sterben im von Russland völkerrechtswidrig besetzten Mariupol. Die Bilder sind zum Teil nur schwer erträglich und vermitteln das große Leid der Zivilbevölkerung in der wochenlang von Russland belagerten, schwer beschossenen und zum Großteil zerstörten Stadt, in der zehntausende Opfer vermutet werden.
10.03.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reagiert in seiner abendlichen Ansprache auf die Äußerungen von Papst Franziskus. Er sagt, dass russische Mörder und Folterer nur nicht weiter nach Europa vorrücken würden, weil sie von Ukrainer:innen mit Waffen in der Hand zurückgehalten würden. Nicht nur ukrainische Politiker:innen, wie Außenminister Dmytro Kuleba oder Präsident Selenskyj reagieren entrüstet auf das Interview des Papstes, sondern auch deutsche Politiker:innen wie Außenministerin Annalena Baerbock oder Polens Außenminister Radosław Sikorski.
10.03.2024	Das britische Verteidigungsministerium geht davon aus, dass die Ukraine ihre Befestigungen entlang der Frontlinie verstärke. Die Ukraine habe »mit ziemlicher Sicherheit« den Bau von Verteidigungsanlagen entlang mehrerer Bereiche der Frontlinie beschleunigt, so ein Bericht des britischen Verteidigungsministeriums.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Lars Fernkorn*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

#### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)  
 Chronik: Lars Fernkorn  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
 e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>